

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhofs 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

SW

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftsjahr 1/2 bis 6 Uhr. Verleger: Dornbrunn-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhofs 292 - 297

Linksruck in der Tschechoslowakei.

Eintritt der Beneš-Partei in die Regierung angekündigt.

Prag, 19. August. (Eigenbericht.)

Ministerpräsident Soehla und andere führende tschechische Politiker, auch Präsident Masaryk, befinden sich seit einiger Zeit in Karlsbad zur Kur. Heute meldet nun „Lidove Noviny“ (Volkszeitung), ein großes seriöses Bürgerblatt, das gewöhnlich gut informiert ist: „Bei den Verhandlungen in Karlsbad wurde beschlossen, daß die tschechischen Nationalsozialisten, und zwar schon im Herbst dieses Jahres, in die Regierung eintreten werden, also kurz nach den Gemeindevahlen, die Ende Oktober oder Anfang November fällig sind.“

Das würde bedeuten, daß die Nationaldemokraten aus der Regierung austräten und diese durch die Nationalsozialisten nach links hin erweitert wird. Ministerpräsident Soehla scheint zur Erkenntnis gekommen zu sein, daß auf die Dauer das bisherige erzkonservative Regime nicht aufrechtzuerhalten ist. Für das proletarische Lager bedeutet der Eintritt der Nationalsozialisten in die Regierung eine Klärung, denn die Nationalsozialisten

geben sich durch diesen Schritt neuerdings als linker Flügel des Bürgertums zu erkennen, als eine Partei, die, obwohl sie viele Arbeiter in ihren Reihen hat, doch niemals eine proletarisch-sozialistische Partei gewesen ist. „Lidove Noviny“ melden weiter, daß die tschechischen Sozialdemokraten sich bezüglich ihres Eintritts in die Regierung zwar noch nicht entschlossen, aber dennoch bereits sich entschieden hätten, spätestens im Frühjahr gleichfalls in die Regierung einzutreten.

Die Republik hat seinerzeit den Tag, an dem einst Johannes Hus — unter schändlichem Bruch des kaiserlichen Freigeleits — in Konstanz wegen Ketzerei verbrannt worden ist, zum Staatsfeiertag erklärt. Daraufhin war der Vatikan sehr böse geworden, und hatte seinen Nuntius von Prag abberufen, zumal auch eine tschechische antimömische Nationalkirche staatliche Förderung genießt. In den letzten Tagen hat der Vatikan diese Haltung aufgegeben und sich zum Friedensschluß mit der Republik bereit erklärt.

Die Besatzungsmächte.

Heute Ministerrat in Paris.

Paris, 19. August. (Eigenbericht.)

Heute tagt ein Ministerrat, der in der Frage der Herabsetzung der Rheinlandbesatzung aller Voraussicht nach endgültig entscheiden wird. Die bisher in Deutschland und England veröffentlichten Ziffern gehen aber, dem „Petit Parisien“ zufolge, weit über die Zahl hinaus, um welche die französische Regierung im Einverständnis mit dem Generalstab die Truppenbestände herabzusetzen gedenkt. Pariser Blätter nennen 4000 (statt 10 000).

Im Anschluß an den Ministerrat werden Briand und Hoersch den deutsch-französischen Handelsvertrag unterzeichnen; die Veröffentlichung des Vertragstextes ist kaum vor September zu erwarten.

Der Kampf um die Revision.

Verlagt Massachusetts — wird Washington angerufen.

Boston, 19. August.

Die Verteidiger von Sacco und Banzetti erklären, daß für den Fall einer Ablehnung ihrer Anträge durch den Obersten Gerichtshof des Staates Massachusetts der Antrag auf Einforderung der Prozessakten durch den Obersten Bundes-Gerichtshof in Washington gestellt werden wird. Darauf werde sich Staatsanwalt Wustmann nach Washington begeben, um beim dortigen Gerichtsrat die nötigen Akten zu hinterlegen und wahrscheinlich werde gleichzeitig trotz der in der vorigen Woche durch den Richter Oliver Holmes in Beverly erfolgten Ablehnung ihres Antrages auf persönliches Erscheinen Saccos und Banzettis vor dem Richterkollegium ein neuer dahingehender Antrag bei irgendeinem der Obersten Gerichtshöfe der Vereinigten Staaten gestellt werden. Es ist nicht bekannt, ob der vollbesetzte Gerichtshof bereits zu einer Entscheidung über die Punkte gekommen ist, die ihm am Dienstag vorgelegt wurden. Der Umstand aber, daß an der heutigen Sitzung vier Richter nicht teilgenommen haben, läßt darauf schließen, daß sie ihre Beratungen abgeschlossen haben und daß das Ergebnis in wenigen Stunden der Presse bekanntgegeben wird. Verteidiger Hill hat heute dem Gerichtshof ergänzende Prozessakten zugestellt zur Entgegnung auf die Argumente, die der Staatsanwalt am letzten Dienstag vorlegte und mit denen er die Behauptung aufgestellt hatte, daß der Erlaß zur Bestätigung eines Rechtsirrtums in Fällen, auf die Todesstrafe steht, durchaus in der Zuständigkeit eines einzelnen Richters liege. Verteidiger Hill erwidert darauf, daß er keinen einzigen Fall finden könne, in dem ein einzelner Richter die letzte Entscheidung über einen Antrag auf Anerkennung eines Rechtsirrtums getroffen habe. Die ergänzenden Prozessakten erstrecken sich auch auf die Frage der Vereinigtheit des Richters Thayer.

Begnadigungsfaktion auch für Madeiros.

Washington, 19. August.

Der portugiesische Geschäftsträger ersuchte das Staatsdepartement, die Note des portugiesischen Präsidenten an Coolidge, in der um Begnadigung für den seinerzeit zusammen mit Sacco und Banzetti zum Tode verurteilten Madeiros gebeten wird, auch dem Gouverneur Fuller mitzuteilen. Die portugiesische Note führt aus, daß Portugal die Todesstrafe nicht kenne, und daß die Hinrichtung Madeiros' großes Blut in Portugal erregen würde. Der Geschäftsträger fügte hinzu, Portugal habe Verträge mit verschiedenen Staaten, wonach Portugiesen nicht zum Tode verurteilt werden könnten. Im Staatsdepartement wurde erwidert, die Note des portugiesischen Präsidenten sei Fuller bereits übermittelt worden. Im übrigen hätten die Vereinigten Staaten keinen derartigen Vertrag mit Portugal. Die Ausländer genießen alle Rechte der amerikanischen Strafprozessordnung, aber sie könnten nicht eine bevorzugte Behandlung beanspruchen.

Der Rechtsbeistand des Madeiros, der wegen eines mit der Sacco- und Banzetti-Angelegenheit nicht in Zusammenhang stehenden Mordes zum Tode verurteilt worden war, und mit ihnen zusammen hingerichtet werden sollte, hat an das Gouvernements-

sekretariat des Besuch gerichtet, einen Psychiater mit der Prüfung zu beauftragen, ob Madeiros geisteskranke Verwundete habe. In dem Prozeß war bezeugt worden, daß seine Familie krank sei und daß er früher an epileptischen Anfällen gelitten hätte. Die Hinrichtung Madeiros war vom Gouverneur mit der Begründung aufgehoben worden, daß er ein wichtiger Zeuge in der Angelegenheit Sacco-Banzetti sei.

Sowjetrußland und Marokko.

Veröffentlichungen des „Matin“.

Paris, 19. August. (Eigenbericht.)

Der „Matin“ veröffentlicht angebliche Dokumente über die Tätigkeit der kommunistischen Internationale in den französischen Kolonien, speziell in Marokko, wonach die Moskauer Regierung den Rifkämpfern große Unterstützung an Geld, Waffen und Munition hat zukommen lassen. So wird ein Brief der Komintern vom 4. Januar 1927 veröffentlicht, in welchem diese ihren Vertrauensmann in London beauftragt, den Rifkämpfern 4500 Gewehre zukommen zu lassen. Der Vertrauensmann bestätigt diesen Auftrag in einem Brief an den russischen Militärattaché in Paris. In einem weiteren Brief vom 16. Januar 1927 teilt Botschafter Kreisky in Berlin dem russischen Militärattaché in Paris mit, daß er zwei Offiziere, einen Major Jürgens und einen Hauptmann Engelhardt beauftragt habe, deutsche Spezialoffiziere für die Rifkämpfer anzuwerben. Diese beiden Offiziere hätten außerdem vom deutschen Generalstab interessante Mitteilungen über Marokko erhalten. Am 30. Januar 1927 entwirft Kameneff aus Moskau für die spanische kommunistische Partei einen ausführlichen Propagandaplan für Marokko, nur die spanische Zone zu desorganisieren. Diese Instruktionen werden ausführlich in einem weiteren Brief des russischen Militärattachés in Paris an den Delegierten der Moskauer Internationale in Marokko, Argiaeff, bestätigt. Der „Matin“ kündigt die Veröffentlichung weiterer Dokumente an und behauptet, es sei nun erwiesen, daß die kommunistische Propaganda und die Sowjetregierung ein und dasselbe und nicht voneinander zu trennen seien.

Die Nordtruppen am Jangtsiekang.

Sunhatsens Witwe organisiert den Abwehrkampf.

London, 19. August.

Die Nordtruppen haben den Jangtsiekang noch nicht überschritten, weil die dazu erforderlichen Transportmittel fehlen. Etwa 60 000 Einwohner sind aus der Provinz Tschingli vor den eindringenden Nordtruppen nach Fuidau geflüchtet. — Eine weitere Meldung aus Schanghai besagt, daß unter der Leitung der Witwe Sunhatsens eine dritte nationale Division gebildet worden sei. Die Angehörigen dieser Division sind Gegner des Tschiangkaiſchek und hätten sich zu einem Bündnis mit Rußland verpflichtet. Man erwartet, daß sie einen Handstreich gegen Kanton unternehmen werden.

Polnische Quertreibereien.

Vor der Festsetzung neuer Maximalzölle.

Wie die polnische Presse mitteilt, beabsichtigt die Warschauer Regierung demnächst eine Verordnung mit neuem Maximalzolltarif zu erlassen. Diese neuen Höchstzölle können natürlich nur die Länder treffen, mit denen Polen noch keinen Handelsvertrag abgeschlossen hat. Sie sind daher insbesondere gegen Deutschland gerichtet. Diese Absicht muß gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt, wo beide Länder vor der Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen stehen, sehr bedauernd wirken. Da die Verordnung erst vier Monate nach ihrem Erlaß in Kraft treten soll, liegt die Vermutung nahe, daß die polnische Regierung hiermit einen Druck auf die deutschen Verhandlungspartner ausüben will.

Wir sind von jeher für eine wirtschaftliche Verständigung mit Polen eingetreten. Um so mehr ist von unserem Standpunkt aus diese polnische Zollverordnung zu verurteilen, die nur Wasser auf die Mühlen der vertragsfeindlichen Kreise in Deutschland sein wird. Irgendeinen anderen Erfolg kann die Warschauer Regierung von solchen Maßnahmen nicht erwarten.

Kärnten als Beispiel.

Die Volksgemeinschaft der Minderheiten.

Von Hermann Wendel.

Trotz Völkereidgenossenschaft und Minderheitenschuß bildet die Behandlung der nationalen Minoritäten eine der wesentlichsten Gefahrenquellen für den europäischen Frieden. Aber wenn am 22. August der Minderheitentongreß in Genf zusammentritt, kann er wenigstens eine neue Seite im Buch seiner Erfolge beschreiben: mit dem Gesetzentwurf über die slowenische Kulturautonomie in Kärnten, der von allen großen Parteien des Klagenfurter Landtags eingereicht wurde und wahrscheinlich nach diesen Herbst unter Dach und Fach kommen wird.

Rund ein Viertel der Bevölkerung Kärntens war zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts slowenisch. Freilich trennte diese Südlawen der Gebirgswall der Karawanken grundlich von den Brennpunkten der nationalslowenischen Bewegung in Krain, daß sie nur zum geringen Teil nationales Selbstbewußtsein eingeflogen hatten und sich willig der mehr oder minder planmäßigen Germanisierung durch Schule, Verwaltung, Gericht, und Heer hingaben. Daß auch das wirtschaftliche Schwergewicht der slowenischen Bezirke Kärntens diesseits der Karawanken in Klagenfurt und Villach, nicht jenseits der Berge in Krainburg und Laibach liegt, gab bei der Volksabstimmung im Oktober 1920 den Ausschlag, als in der Zone B, in der die Zahl der Slowenen die der Deutschen um mehr als das Doppelte übertraf, nur 15 278 Stimmen auf Südlawen und 22 625 auf Oesterreicher fielen. Die vielen Tausende von Slowenen, die sich damit zu Oesterreich bekannnten, sprachen sich damit nicht etwa für das Deutschtum, sondern nur für das ungeteilete Kärnten aus. Obendrein hatten sie das Versprechen der maßgebenden Kärntner Landesbehörden in der Tasche, daß ihr slowenisches Volkstum in der österreichischen Republik besser gewahrt werde als drüben in Slowenen, wo sich der Serbe mit seinem orthodoxen Glauben und seiner kyrillischen Schrift breitmachte.

Vor allem die Sozialdemokratie, die zahlenmäßig stärkste Partei im Lande, drang denn unablässig auf Einlösung jenes Versprechens, und mit ihrer Hilfe kam der Gesetzentwurf vom 14. Juli 1927 zustande, der die Bildung einer slowenischen Volksgemeinschaft mit öffentlich-rechtlichem Charakter vorsieht. Jeder volljährige Kärntner Landesbürger darf sich an den letzten vierzehn Tagen jedes Jahres in das slowenische Volksbuch eintragen und wird damit ohne weiteres Mitglied der Gemeinschaft, die aus ihrer Mitte einen Volksrat von zwölf Mitgliedern wählt. Zu den wichtigsten Rechten der Volksgemeinschaft gehört die Befugnis, jede Art von Schulen mit slowenischer Unterrichtssprache zu eröffnen und zu verwalten und dafür freiwillige Spenden zu sammeln oder Besteuern auszuscheiden; das Land Kärnten befolgt die Lehrkräfte, die allerdings österreichische Ortschaftsräte, die aus den Reihen der slowenischen Schulgemeinde erkoren werden. Damit ist das Unterrichtswesen der slowenischen Minderheit in Kärnten aus der politischen Sphäre herausgehoben und auf die Grundlage der Selbstverwaltung gestellt.

Freilich findet der Gesetzentwurf bei den Stammesbrüdern der Kärntner Slowenen im Südlawenstaat wenig Beifall. Da die Slowenen zwar der kulturell fortgeschrittenste und geistig regsamste, aber auch, anderthalb Millionen Köpfe zählend, der kleinste aller südlawischen Stämme sind, empfinden sie Verluste ihres Volkstums besonders schmerzlich, und wenn sie an die Wiedergewinnung der hunderttausende von Volksgenossen, die 1918 an Italien gefallen sind, wegen der Stärke dieses Staates vor der Hand nicht zu denken wagen, hoffen sie im stillen desto mehr, daß das schwache Oesterreich eines Tages seine Slowenen herausgeben muß. Solchen Wünschen und Erwartungen zieht die Kulturautonomie den Boden unter den Füßen weg, da sie ein gut Stück nationaler Befriedigung bedeutet und Irredentengedüste schwer aufkommen läßt.

Auf die schärfste Ablehnung stößt die Einrichtung des einseitigen Nationalkaiſters; man glaubt, daß die Furcht vor Terror viele Slowenen von der Eintragung abhalten werde. In der Tat beherbergt Kärnten eine besonders üble Spielart von Hakenkreuztrüppeln, die den „Windischen“ gern die Hölle heißmachen möchten. Wenn Otto Bauer in seinem Werk „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“ es als unvermeidlich bezeichnet, „die freie Nationalitätenklärung durch ein System von Strafandrohungen gegen den Einfluß der politisch und wirtschaftlich Mächtigen zu schützen“, so wäre es sicher ein Verdienst der Kärntner Partei, solche Vorkehrungen in das Gesetz hineinzubringen. Auch scheint die Erörterung nicht unangebracht, in den überwiegend slowenischen Bezirken nicht erst die Aufhebung eines zwiesfachen, eines slowenischen und eines deutschen Volksregisters, den Sinn der freien Nationalitätenbestimmung erschöpft.

Eine weitere Abbröckelung des slowenischen Bevölkerungsteiles befürchtet man trotz der Kulturautonomie in Laibach um so eher, als die Volkszählung 1880 noch 85 154 Kärntner mit slowenischer Umgangssprache feststellte, 1910 66 602 und 1923 nur mehr 37 224. Gleichwohl widerspricht die nationalslowenische Forderung, der Staat solle alle slowenisch Sprechenden mit Zwang der slowenischen Volksgemeinschaft zuweisen, völlig dem Begriff der nationalen Selbstverwaltung auf Grund des National-

katasters, wie ihn zur Lösung der Nationalitätenfrage im Habsburgerreich zuerst die österreichische Sozialdemokratie durch den Mund Karl Kenners verfochten hat. Denn da die sogenannten objektiven Kennzeichen für die Zugehörigkeit zu einer Nation nicht ausreichen — die Elässer zählen sich trotz ihrer deutschen Sprache zur französischen Nation! — entspricht es der nationalen Demokratie, wenn sich jeder mündige Staatsbürger freien Willens zu einer Nation bekennen darf. Der nationale Zwang aber erinnert an den religiösen Zwang dunklerer Jahrhunderte, und vollends ein Anding wäre es, im slowenisch-deutschen Mischgebiet nach der Abstammung sondern zu wollen: auf der Kandidatenliste der deutschen Partei in Slowenien für die nächsten Stupfahnenwahlen finden sich die „germanischen“ Namen Keschler, Poffel, Wehenschegg, Semlich, Brelek, Spruchina, Stoff und Niglitz, während für das Erwachen des slowenischen Nationalgefühls in den letzten Menschenaltern Männer wie Bleiwets, Quisdmann, Vinhart, Einspieler, Kleinmayr, Menzinger, Fiegler wichtig waren. Die Kulturautonomie wird nicht verhindert, daß auch künftig in Krain Slowenen ebenso freiwillig ins Deutschland hineinwachsen, wie sich in Krain Deutsche slowenisieren werden.

Aber das wichtigste ist doch, daß dieses Gesetz jede Zwangsnationalisierung in Zukunft vereitelt: wer sich als Slowene bekennet, vermag seinen Kindern ungehindert und mühelos slowenische Erziehung zuteil werden zu lassen. Damit ist an einer scharfen Gasse für die Befriedung der Nationalitäten viel getan. Bedenklich stimmt, daß bisher ausschließlich kleinere Staaten wie Lettland und Estland und jetzt Oesterreich ihren Minderheiten Kulturautonomie zugesprochen, während sonst die über den Minoritäten geschwungene Fuchtel noch nicht über dem Knie zerbrochen ward. Wo ist der erste große oder mittlere Staat, der dem Beispiel Lärntens folgt?

Reichswehr am Verfassungstag.

Gesetzler genehmigt Gießen und Donaueschingen.

Gewissermaßen zum Ausgleich für die Angriffe, die es wegen seines Flaggenentwurfes von deutschnationaler Seite einlecken mußte, läßt das Reichswehrministerium jetzt erklären, daß es das Verhalten der Offiziere billigt, die in Gießen und Donaueschingen durch demonstratives Enternen die Verfassungsfeier störten.

Um diese Entziehung verständlich zu machen, wird behauptet, daß sowohl in Gießen wie in Donaueschingen „parteiliche“ Reden gehalten worden seien, anstatt „überparteiliche“, wie das Wehrministerium sie erwartet hat. Daß das nur eine sehr üble Ausrede ist, leuchtet ohne weiteres ein. Denn schließlich wird kein politischer Einbruch bestimmt, eine Verfassungsrede zu halten, sondern ein Mensch, der fest zur eigenen Ueberzeugung steht. Andersfalls soll er ablehnen, eine solche Rede zu halten. Aber daß der jeweilige Wehrkommandeur sich die Zensur darüber anmaßt, ob etwas „parteilich“ ist oder nicht, das ist nur in diesem von Halbbrütern erfüllten Gesetzerden „Wehrstaate“ möglich.

Gegen schwarzweißrote Flaggendiebe.

Verordnung zum Schutz der Reichsfarben in Oldenburg.

Die unhaltbaren Zustände in den oldenburgischen Ostseebädern — die Frage kommen vor allem Travemünde, Timmerdorf und Nienborf — wo die schwarzrotgoldenen Flaggen der republikanischen Badegäste nahezu Nacht für Nacht gestohlen und zerstört werden, hat das oldenburgische Staatsministerium endlich veranlaßt, eine Verordnung zum Schutz der Reichsfarben in den Bädern zu erlassen. Darin wird erklärt, daß die Regierung die Zustände unter keinen Umständen weiter dulden werde.

„Ganz abgesehen davon, heißt es in der Verordnung, daß das Vorgehen eine Verunglimpfung und unter Umständen strafbare Be-

schimpfung der Reichsfarben enthält, hat auch der Reichsangehörige berechtigten Anspruch auf den Schutz der von ihm gezeigten verfassungsmäßigen Reichsfarben. Die zuständigen Behörden sind angewiesen, alle Maßnahmen zu treffen, die eine Entfremdung, mißwillige Beschädigung oder Vernichtung solcher Flaggen zu verhindern geeignet sind und etwaige Täter zur Strafverfolgung zu bringen.“

Es hat lange gedauert, bis diese Verordnung zum Schutze der Reichsfarben herausgegeben ist. Kein Wunder, denn Oldenburg hat eine Rechtsregierung.

Wie sie demonstrieren!

Blick hinter kommunistische Kulissen.

Die KPD veranstaltet heute abend wieder Protestkundgebungen für Sacco und Banzetti. Parole: Massenkundgebung, Massenprotest, Massen heraus. Erste Seite „Rote Fahne“ — Befehl an die Massen:

„Heute, Freitag, 19. August, 19 Uhr, nach dem ehemaligen Herrenhaus, Leipziger Straße, und Sophien-Säle, Sophienstraße 17/18.“

Dies für die Massen. Für die Führer lautet der Befehl — „Rote Fahne“, zweite Beilagenseite:

Instruktionsabend heute, Freitag, den 19. August, 19½ Uhr, im Sitzungssaal des Karl-Veitnack-Hauses, Kleine Alexanderstraße 28, für alle Referenten der Bezirksleitung und der Verwaltungsbezirksleitungen. Tagesordnung: 1. Innerpolitische Lage Deutschlands. ... An dieser Sitzung müssen alle Referenten teilnehmen. An der Zusammenkunft müssen ferner teilnehmen: alle Mitglieder der Kulturtraktionsleitungen der B. der Lehrerfraktion, alle Referenten sowie die Pol. und Org.-Leiter der Verwaltungsbezirksleitungen des KPD und des KSB, und die Delegierten der Elternbeiräte der Verwaltungsbezirke. Die betreffenden Ressortleiter der Bezirksleitung der Partei und der Jugend müssen ebenfalls zu dieser Zusammenkunft erscheinen.“

Die Massen werden zum Demonstrieren für Sacco und Banzetti geschickt, die Führer haben das nicht nötig. Sie beratschlagen zur selben Zeit, wie man die Arbeiterbewegung am besten spaltet.

Die Heße gegen die Landarbeiter.

Der Landbund will ihnen die Freizügigkeit rauben.

Neuerdings machen sich unter den Großagrarern wieder die Bestrebungen geltend, die die Landarbeiter aus naheliegenden Gründen ihrer gesetzlich festgelegten Freizügigkeit berauben wollen. So hat erst kürzlich ein Westdeutscher Arbeitgeberverband nach Abhilfemaßnahmen „gegen den Kontraktbruch“ landwirtschaftlicher Arbeiter“ gerufen. Ihm folgt jetzt der Kreislandbund Königsberg-Neumark. Dieser schreibt in seinem Nachrichtenblatt u. a.:

„In der letzten Zeit mehren sich wieder die Klagen über den Kontraktbruch ländlicher Arbeiter, und die Frage, wie demselben zu steuern sei, wird immer dringender aufgeworfen.“

Hier gibt es nur ein Mittel, und das haben die ländlichen Arbeitgeber selbst in der Hand: Es darf kein Arbeiter, der nicht ordnungsmäßig seine Stelle verläßt, also unter fristgerechter Kündigung, von irgendeinem Landwirt in Arbeit und Lohn genommen werden. Ganz ausgeschlossen aber muß es sein, weil fälschlich verwerflich, daß ein Landwirt Leute eines anderen Landwirts zum Kontraktbruch verleitet, um sie bei sich einzustellen. Ein solches Verhalten unter Berufsgenossen kann unter keinen Umständen ausgeübt werden, weil es gegen Treue und Glauben verstößt. Es kann durch nichts gerechtfertigt werden, auch nicht durch den größten Arbeitermangel. Von Landbundmitgliedern muß mit aller Entschiedenheit erwartet und verlangt werden, daß sie ihren Berufsgenossen die Treue halten, da sonst die Einigkeit im Landbund einen schweren Stoß erleiden würde. Wir weisen auf den Beschluß der letzten Generalversammlung hin: „Wer einen kontraktbrüchigen Arbeiter beschäftigt bzw. einstellt, kann aus dem Landbund ausgeschlossen werden.“

Man fordert also offen den sozialen und gesellschaftlichen Boykott gegen Arbeiter, die von dem Recht der Freizügigkeit Ge-

brauch machen, und gegen Uniernehmer, die sich an die Landbündparolen nicht halten. Immer ist es der Kontraktbruch, der als Vorwand dient. Danach, ob die Großgrundbesitzer mit ihrer bekannt schlechten Behandlung von Landarbeitern den Kontraktbruch direkt herausgefordert haben oder nicht, danach fragt kein Mensch. Am liebsten möchten die Großagrarier hinter jeden Arbeitnehmer, der einmal einen Arbeitsvertrag eingegangen ist, einen Polizisten setzen — natürlich nicht hinter die Unternehmer, die Arbeitskräfte in menschenunwürdigen Wohnungen unterbringen und auch sonst ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Interessant ist die Kundgebung aus dem Kreise Königsberg deshalb, weil der derzeitige Reichsinnenminister und amtliche Hüter der Reichsverfassung, Herr v. Kuehne, dort beheimatet ist. Wir sind gespannt, ob angesichts dieser Verhältnisse, die er ja besonders gut kennen muß, sein Ministerium etwas zum Schutze der Freizügigkeit der Landarbeiter tun wird oder untätig zusieht, wie eine derartige Heße noch mehr Menschen dem Lande entfremdet, das sonst immer nach Arbeitskräften schreit.

Eisele wird abgeschüttelt.

Aber er bleibt Presseschef.

München, 19. August. (Eigenbericht.)

Kunmehr äußert sich auch die offizielle Parteikorrespondenz der Bayerischen Volkspartei zu den Auseinandersetzungen zwischen Dr. Eisele und dem Presseschef der bayerischen Staatsregierung Dr. Eisele. Die Annahme, als ob die umstrittenen Aufsätze Dr. Eiseles in der „Neuen deutschen Zeitung“ von Boris Megre (Südamerika) im Einverständnis mit dem bayerischen Ministerpräsidenten oder der Bayerischen Volkspartei geschrieben worden seien, wird als jeder sachlichen Grundlage entbehrend bezeichnet. Die Aufsätze seien reine Privatarbeit. Die Korrespondenz bezeichnet es allerdings als unerwünscht, daß der Presseschef der bayerischen Regierung eine private, politische publizistische Betätigung entfaltet. Sie hebt aber hervor, daß Dr. Eisele im Gegensatz zu seinen Amtsgenossen im übrigen Deutschland nicht Staatsbeamter, also keine beamtete Persönlichkeit sei.

Es geht auch mit Reichsfarben.

Eine erfolgreiche Zurechtweisung.

Die rheinisch-westfälischen lippischen Tischler haben vom 6. bis 8. August einen Nichtertag in Duisburg abgehalten unter dem Protektorat des Duisburger Polizeipräsidenten Meyer. Der Polizeipräsident, ein überzeugter Republikaner, erschien. Er sah die Reichler vom Hobe, er sah schwarzweißrote Fahnen, er sah Phantasielippen, aber nicht eine schwarzrotgoldene Fahne. Und er sprach:

„Meine Herren, Sie haben mich in meiner Eigenschaft als staatlichen Beamten eingeladen. Da ich konstatieren muß, daß Sie in Ihrem Tagungslokal die Farben der Verfassung vermieden haben, werde ich, wenn Sie nicht innerhalb 10 Minuten das Versäumnis nachholen, ernstlich gezwungen sein, meine Anwesenheit zu bedauern.“

Sprach und setzte sich. Es waren noch keine 10 Minuten verstrichen, so sah man im Saal die schwarzrotgoldene Fahne. Die Erziehung zur Achtung gegenüber der Republik geht langsam, aber sicher!

Aus der Haft in Wien entlassen und das Verfahren gegen ihn eingestellt — dies widerfuhr dem Kommunisten Fiala, der am 15. Juli den ersten Schuß auf die Polizei abgefeuert haben sollte. Dieser vielstrapazierte „Beweis“ gegen die Demonstranten ist also spurlos verfliegen.

Eine Krenrechnung für Polen. Die Sowjetregierung hat an die polnische Regierung eine Note gerichtet, in welcher sie 3000 Dollar für die dem polnischen Hauptmann Orinski bei seinem Flug Warschau—Lofio gewährte Unterstützung fordert.

Der ängstliche Faschismus hat schon wieder eine „kommunistische Verschmörung aufgedeckt“, und zwar in Larent; neue Arbeit für die Sondergerichte!

Die Pfliffigen und der deutsche Staat.

Von Fritz Solmih.

Die deutsche Bourgeoisie ist in eine peinliche Zwidmühle geraten. Wilhelm, ihr einstiger Kaiser und Held, hat jeden Kurzwert verloren. Seine Nachkommen erfreuen sich zwar wärmster Sympathie bei gewissen unehelichen Damen über 40, ihre Photographien zieren so manches jungfräuliche Nachmittagschen, und manches leuchtige Abendgebet trägt ihren Namen mit gen Himmel empor — aber damit ist auch der Kreis ihrer Anhänger so ziemlich erschöpft. Und die Kaiserin Hermine — ach Gott, Herminechen hat sich wirklich schwere Mühe gegeben, sie hat in Berlin Quartier gemacht für ihren Auserkorenen, sie hat durch ihren angeheirateten Beiter, Herrn G. Sphoester Biered, in dessen Adern blaues hohenzollernblut rollt, in USA. Kellern machen lassen. Aber es hat alles nichts genutzt. Die ihrigen Schwärmereien Ihrer Majestät — „mein Märchenprinz“ hieß da der ausgerissene Wilhelm — haben die Hankes einfach gelangweilt. Nach drei Fortsetzungen wurde die Veröffentlichung eingestellt.

Katastrophaler Kurssturz für Hohenzollern. Rührerische Geschäftstende haben dieses Papier längst abgestoßen, interessieren sich weit mehr für republikanische Werte. Idealen nachzugeben, ist nie Sache des deutschen Geschäftspatrioten gewesen. Die „gute Gesellschaft“ schiebt sich an, ihren Frieden mit der Republik zu machen. Sie wäre längst so weit, hätte nicht diese Republik einige abstoßende Eigenschaften. Sie richtet so penetrant nach Proletariatsschweiß; der „Ludergeruch der Revolution“ steckt noch so unangenehm in verschiedenen Artikeln ihrer Verfassung. Kein Hindenburgweibch kann diesen peinlichen Geruch von Arbeit und Massenversammlung ganz überdecken. Rein — Geschäfte machen mit dieser Republik — jederzeit zu Diensten; aber lieben kann man sie doch wirklich nicht.

Aber irgendein andeutungswürdiges Ideal, irgendeinen Popanz muß man der harrenden Menge der schofgeduldigen Mittläufer doch zeigen. Monarchie? — Rein, damit locken wir keinen Hund mehr vom Ofen. Republik? — Rein, das geht wirklich nicht. Wirklich eine peinliche Situation. Samiel hilf! Und Samiel hat geholfen. Will man nicht mehr Monarchie und kann nicht Republik sagen, dann sagt man eben einfach „der Staat“. Für „den Staat“ sind wir *sch alle, von den Pfliffigen bis zu den Kommunisten, denn die wollen doch auch im Staat mitreden. Und die übrigen, die Deutschnationalen, das Zentrum, die Sozialdemokraten, die sind doch erst recht „staatsbehaltend“; am allerstaatsbehaltendsten sind aber natürlich wir, wir Männer von der „nationalen“ Couleur. So leitarbeitet es um Hugenberg.

Ist es nötig, auf diesen pfliffigen Taschentuchlertrieb mit ernsthaften Argumenten zu antworten? — Ueberflüssig jedenfalls nicht; denn man kennt die verflüchtende Wirkung solcher Schelnparolen der bürgerlichen Presse auf die Gehirne unpolitischer Leser.

Darum sei es gleich deutlich gesagt: dieser „Staat“, für den sich neuerdings die bürgerliche Presse begeistert, ist eine leere Abstraktion,

ein hohles Nichts. In Wahrheit gibt es keinen absoluten „Staat“, sondern nur Staaten, Staaten sehr verschiedener Art. Das faschistische Italien ist so gut ein „Staat“ wie das demokratische Frankreich, das feudale Abyssinien wie das bolschewistische Rußland. Was ist das Gemeinsame all dieser Staaten? — Nur, daß sie auf einem umgrenzten Bezirk eine bestimmte Ordnung menschlichen Zusammenlebens garantieren. Daß eine solche Ordnung notwendig ist, darin sind sich allerdings alle Menschen — von ein paar hirnverbrannten Anarchisten abgesehen — vollkommen einig; aber alles kommt darauf an, wie diese Ordnung ausfällt. Darum haben die Menschen seit Jahrtausenden gekämpft, und darum werden sie weiter kämpfen, bis die Staatsform erreicht ist, die allen gleich gerecht wird, die sozialistische.

Für die Sozialdemokratie ist die Frage „staatsbehaltend“ oder „staatsverneinend“ längst gelöst. Wir hassen den Staat, der eine Ausbeutungsmaschine der herrschenden Klasse ist; wir dienen dem Staat, der die Organisationsform eines freien Volkes ist. Das Deutsche Reich steht heute zwischen beiden Formen; es ist nicht mehr, wie bis vor acht Jahren, ein brutaler Herrenstaat; es ist noch nicht ein Reich der Freiheit und Gleichheit. Darum kämpfen wir um diesen Staat, um die deutsche Republik. Solange die demokratische Republik besteht, so lange stehen wir treu zu ihr; denn sie ist der Boden, auf dem wir unseren Kampf ausfechten. Unserer Liebe aber und unser Herzblut gehören dem Staat der Zukunft, der sozialistischen Republik, um die wir kämpfen.

Für die pfliffigen Wähler aber, die uns mit der Redensart von der Liebe zum „Staat“, der unabhängig sei von der „Staatsform“, bezören wollen, für die haben wir nicht mehr als ein mitleidiges Achselzucken.

Berufungsstand an der Universität Jena.

Prof. Dr. M. Baerling schreibt uns:

Seitdem vor Jahren die damalige sozialistische Regierung in Thüringen einige Professoren gegen die Zustimmung der Fakultät berufen hat, kämpft Prof. Plate bis auf den heutigen Tag auf den Zinnen der akademischen Burg gegen sogenannte „Leichfertige“ Berufungen. Es wird daher Zeit, sich Herrn Plates eigenes Verhalten bei Berufungsangelegenheiten etwas näher anzusehen. Man stößt da alsbald auf folgenden ungläublichen Fall, der aus der Zeit stammt, als Plates völlige Partei im Landtag das Jünglein an der Wage bildete und insfolgedessen entscheidenden Einfluß in der Regierung ausübte. Der Kurator des physikalischen Museums, das Plate als Nachfolger Hoedels untersteht, Eduard Uhlmann, Freund und Mitarbeiter Plates, ist zum Professor an der Universität Jena ernannt worden. Eine vorherige Habilitation ist nicht erfolgt, auch liegt keine einzige wissenschaftliche Leistung vor. Das einzige, was aufzuweisen ist, ist ein Artikel in der Jenaer Zeitschrift für Naturwissenschaft, der außerdem nur zusammengeschiedene Ansichten anderer Leute enthält. — Günstlingswirtschaft an den Universitäten ist ja ein oft und leider vergebens beklagter Zustand, aber es ist geradezu schamlos, wenn derselbe Professor, der auf der einen Seite

einwandfreie Berufungen mit moralischem Pathos angreift, auf der anderen Seite seinen Freund ohne jede wissenschaftliche Leistung in eine außerordentliche Professur lanciert.

Das Jubiläum des Germanischen Nationalmuseums. Der Festakt der Feier des 70jährigen Bestehens des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg ging Donnerstag in der Kathäuler Klosterkirche des Museums vor sich. Der Festredner, Prof. Dr. Sauer-Freiburg, schilberte die bisherige Geschichte des Germanischen Nationalmuseums. Die Geschichte des Germanischen Nationalmuseums war Ausdruck und Symbol der Entwicklung der nationalen Idee in Deutschland. In warmen Worten gedachte er der Männer, die sich um das Germanische Nationalmuseum verdient gemacht haben, in erster Linie des Gründers des Museums, des Freiherrn von Aufsess. Er schloß seine Rede: „Vergeßt nicht das Erbe, das heilige Vermächtnis, das dem deutschen Volke vermachet worden ist, das Eigentum des deutschen Volkes ist. Das soll fürderhin das Sorgenkind, aber auch Deutschland Stolz bilden!“

Der bayerische Kultusminister teilte in seiner Begrüßungsansprache mit, daß der bayerische Staat als Jubiläumsgabe dem Museum zwei Gemälde des Augsburger Künstlers Jörg Bres, darstellend die Kreuzigung Christi und die Flucht nach Ägypten, aus dem 16. Jahrhundert, übergebe. Als Vertreter des Reichspräsidenten und der Reichsregierung überreichte Staatssekretär Dr. Zweigert als Ehrengabe des Reiches das Bild eines alten Elßner Meisters aus der Zeit Schongauers. Als Vertreter der Stadt Nürnberg sprach Oberbürgermeister Dr. Luppe, der insbesondere auf die kulturelle Aufgabe des Germanischen Nationalmuseums hinwies.

Ueber neu ausgefundene Meisterwerke der antiken Plastik machte Salomon Reinach in der letzten Sitzung der Pariser Akademie de Inscrption Mitteilung. Es handelt sich zunächst um eine Bronzestatue des jungen Bacchus, die in Ägypten gefunden wurde und die in ihren Formen an die Putten des Donatello erinnert. In Smyrna wurde ein Terrakottakopf des olympischen Jupiter, ferner zwei Köpfe junger Mädchen aus der ersten Hälfte des vierten Jahrhunderts gefunden. Schließlich wurde der obere Teil einer Replik des schlafenden Hermaphroditen gefunden, von dem das vollständigste Exemplar im Nationalmuseum zu Rom ist. Reinach glaubt, daß das Original eine Bronzestatue aus Kleinasien war, die etwa um das Jahr 200 v. Chr. gegossen wurde.

Der Volksbühne. Theater am Bülowplatz und Theater am Schiffbauerdamm wurden neu verpfändet: Georg Gimes (Wien), Friedrich Gnas (Hamburg), Ernst Cronau, Ferdinand Gardt (Berlin), Fritz Klausius, Jacob Sinn (Gera).

Eine Sitzung für das Pasteur-Institut. Ein in San Remo verstorbenen Arzt René Appert vermachte dem Pasteur-Institut 20 Millionen Franken.

Charles Chaplin. Vor einigen Tagen legte der Komik der Frau Charles Chaplin in ihrem Gerichtsverfahren sein Mandat nieder. Er erklärte, daß Frau Chaplin von ihm Gelder in einer Vergleichsumme von 1 Million Dollar erbeten worden sei. Viele habe jedoch den Vergleich mit dem Hinweis abgelehnt, daß sie die Klageerhebung gegen Charles Chaplin verweigere, weil er in Beziehungen zu einer bekannten Filmhändlerin stehe. Der Komik schloß sich unter diesen Umständen veranlaßt, sein Mandat niederzulegen.

Beim Theateragenten.

Das große Angebot. — Eine Stätte des Künstlerverbandes.

Der Nordwesten Berlins scheint ein günstiges Pflaster für Agenturen zu sein, dort liegen sie ebenmäßig alle nebeneinander — gleich rüchtern; gleich häßlich, gleich überfüllt. Es herrscht gar kein Konkurrenzneid, man sagt ruhig: hören Sie, Herr W., meint, es sind die und die Ausschichten, oder ich komme gerade von Herrn H., er sagt, der Direktor von B. wird erwartet. Ist das nun ein schlechtes Zeichen oder nicht? Reich ist wohl noch keiner durch die Vermittlungen von Engagements geworden. Und dann, es ist ja ein so großes Angebot von Kräften da, daß es wirklich nicht darauf ankommt, sich gegenseitig etwas wegzuschneiden. Trotzdem hängt jeder Theateragent an seinem Metier. Es ist wie ein Fisch, der einem verfolgt, man kommt nicht davon los, wenn man mal in irgendeiner Beziehung gestanden hat zu den Brettern, die die Welt bedeuten.

Man kann zu jeder Jahreszeit zu einem Agenten kommen, er wird sie immer für die ungünstigste halten, warum mit dem August eine Ausnahme machen? Die neue Spielzeit beginnt meist am 1. September, manchmal erst am 15. September. Dieses Jahr ist es etwas eigentümliches, es ist gar keine Konjunktur vorhanden. Viele Direktoren haben ihre Ensembles noch nicht zusammen, sie müssen noch abschließen, deswegen kommen sie nach Berlin. So hofft der Schauspieler weiter auf seine große Chance. Was der Agent dabei tun kann, ist herzlich wenig. Er kann dem Direktor nur einige Schauspieler nennen, die für ihn in Frage kommen. Da nun jeder Direktor mit mehreren Agenten arbeitet, kann er die Wahl haben zwischen einigen fünfzig Leuten, die für dasselbe Fach in Frage kommen. Die persönliche Leistung fällt ihm ins Gewicht. Gewiß, der Agent kann die Möglichkeit vermitteln, daß ein Schauspieler wenigstens gehört wird, wieviele (und nicht die schlechtesten) können sich nicht einmal diese Gelegenheit verschaffen. Wieviel er leistet, hängt natürlich doch von seiner Begabung ab.

Die Aufgaben eines Agenten sind es: dem schlecht informierten Direktor aus der Provinz geeignete Kräfte in Vorschlag zu

bringen. Geeignet — wer ist geeignet? Die Agenten müssen daher das Theaterwesen wirklich kennen, müssen wissen, was in Beuthen verlangt wird, und das Repertoire von Schmeißner im Kopf haben. Sie müssen verantworten können, wenn sie den oder jenen empfehlen, müssen aus der Fülle des Angebots eine Auswahl treffen. Die Auswahl ist oft sehr schwer. Es wird immer schwer sein, über Talent oder Nichttalent zu entscheiden, am schwersten bei einem Schauspieler, d. h. bei einem reproduzierenden Künstler.

Woher kommen alle die vielen Menschen, die den Drang zur Bühne in sich spüren? Es sitzen seit Mai zahllose junge Menschen in Berlin herum, die Arbeitslosenunterstützung beziehen. In einem für sie errichteten Mittagstisch essen und lieber verhungern, als einen anderen Beruf ergreifen. In den abgetretenen Gebieten, im Ufa, in Oberkieschen, in Holstein sind deutsche Theater eingegangen, ihre Darsteller aber sind meist ins Reich gekommen, sie warten, daß noch in letzter Stunde Abchlüsse zustande kommen. Viele Theater konnten durch Zusammenschlüsse mit verschiedenen Bühnen ihr Ensemble verringern, das bedeutet einen Zuwachs von Kräften. Und der natürliche Zuwachs läßt nicht nach. Es ist nicht einmal möglich, das gesamte gute Angebot unterzubringen.

Die größte Schwierigkeit für den Agenten ist die Einteilung nach Fächern. Was heißt es: ich bin jugendlicher Liebhaber, ich bin Sentimentale? Es ist auch noch nicht der kleinste Umriß des Könnens damit gegeben. Trotzdem wird heute noch genau so wie vor 50 Jahren nach Fach engagiert. Wenn es noch zu Abschlüssen kommen sollte, so wird wohl hauptsächlich die muntere Klasse mit Operettenmöglichkeiten Aussicht haben und Naturburschen. Diese beiden Fächer sind für unsere Zeit selten geworden. Die Möglichkeiten für einen Betrag sind im August nicht schlechter als in einem anderen Monat, sogar vielleicht etwas besser, da das Repertoire schon aufgestellt ist und man ganz bestimmte Darsteller sucht. Die Agenturen haben sich alle merklich geleert. Vielen ist das Geld ausgegangen und andere sind mutlos geworden.

Der tägliche Regenguß.

Seit einer Woche ist täglich eine Wassermenge auf das Land herniedergegangen, die nicht nur das abgemähte Getreide, sondern überhaupt alle Feldfrüchte, die auf nicht ganz hohem, durchlässigem Boden stehen, in die größte Gefahr bringt. War der kühle und auch schon reichlich feuchte Frühommer dem Wachstum, namentlich des Gemüses und des Obstes, nicht günstig, so ist jetzt mit dem Verfaulen im Boden und am Baume zu rechnen.

Allgemein hört man, daß die Pflaumenernte eine sehr reiche werden könnte, falls jetzt günstiges Wetter einträte, aber jeder neue Morgen scheint neue Regengüsse zu bringen. Die Frühkartoffelernte ist in vollem Gange; wer es einigermaßen vermeiden konnte, die Ausaat auf niedrigeren Boden vorzunehmen, wird auf eine sichere Ernte rechnen können, während das hohe Grundwasser im niedrigen Boden die Knollen zur Fäulnis bringt. Nicht traurig sieht es mit der Späternte aus: weite Felder mit den regeleisigsten Wäldern bieten sich dem Blick dar. Wenn man auch gewöhnt ist, von der Karte als einer Sandbüchse zu sprechen, so ziehen sich doch an den zahllosen kleinen Flüssen und an vielen Seen niedrige Sandflächen hin, die, früher als Wiesen genutzt, mit der fortschreitenden Ausdehnung der menschlichen Betriebe als Acker- und Gartenland behandelt werden. Wie mancher Siedler hat in diesem Sommer seinen ganzen oder halben Morgen übersätet oder so durchweicht gesehen, daß alles Geplatzte ständig dem zerstörenden Einfluß des Wassers ausgeliefert war. Auch in den Ziergärten sind viele Verluste zu befürchten. Blumenzweige, die im Hochommer im Reifezustand verweilen sollten, um im Herbst zu neuem Triebe angeregt zu werden, faulen völlig weg. Hilfsmittel zur Abwendung der Schäden durch zu reiches Wasserlegen sind nur in beschränktem Maße vorhanden: Gräben können gezogen werden, aber meist ist der Boden auf dem kleinen Bestium so dicht mit Pflanzen besetzt, daß man schon beim Aufwerfen der Gräben vielen Schaden erleidet. Wer über hohes und niederes Land verfügt, sollte seine Kulturen auf beide Landarten verteilen; er hat dann meist Aussicht, die eine Hälfte zur vollen Ernte bringen zu können.

Der Waldwirt von Jagen 44.

Kein Mord, sondern Selbstmord.

Mordalarm durchlief gestern den Norden Berlins. Der Büffetier Kragemann aus der Müllerstr. 162 war in der im Jagen 44 der Tegeler Forst gelegenen einsamen Schankwirtschaft, die er für seine Braut, eine Frau W., leitete, erschossen aufgefunden worden, und es war die Vermutung aufgetaucht, daß Kragemann ermordet worden war. Die Leiche des erschossenen Büffetiers ist nun von dem Gerichtsarzt Prof. Dr. Strahmann besichtigt worden. Das Ergebnis der polizeilichen Ermittlungen und das Gutachten des Arztes lauten übereinstimmend dahin, daß höchstwahrscheinlich kein Verbrechen, sondern Selbstmord vorliegt. In der letzten Zeit herrschte eine Mißstimmung zwischen Kr. und seiner Braut, und man nimmt an, daß die Mißstimmung über den Streit den Büffetier veranlaßt hat, sich zu erschießen. Sowohl die Lage der Leiche als auch der Schußkanal deuten auf einen Selbstmord hin. Die Leiche ist aber ickthem beschlagnahmt und nach dem Schaubause gebracht worden und wird dort heute oder morgen obduziert werden. Kragemann war unter den Ausflüglern jener Gegend eine wohlbekannte Persönlichkeit. Diese Wanderer nahmen in seiner Bude, die mitten im Walde steht und von Tischen und Stühlen umgeben ist, Erfrischungen zu sich. Vor zwei Jahren wurde er in der Dörflichkeit genannt. Er betrieb mit seiner Braut ständig auch Kleintierzucht, besonders hielt er viel Hühner. Einbrecher drangen damals in seine Stallungen ein, schätzte die Hühner ab und standen im Begriff, sie in einem Sack wegzuschleppen, als er sie überraschte. Als er von einem der Einbrecher bedroht wurde, griff er zur Waffe und streckte mit einem Schuß den Angreifer tot nieder. Die anderen entkamen. Kragemann wurde damals zur Verantwortung gezogen, in der Hauptverhandlung aber freigesprochen, weil er nachweislich in der Notwehr gehandelt hatte.

Rheinische Arbeiterfänger in Berlin.

Die Rheinischen Arbeiterfänger werden in der Zeit vom 27. bis 29. August d. J. in Berlin weilen. Zu diesem Zweck findet am Sonnabend, dem 27. August, abends 8 Uhr, im Saalbau Friedrichshain unter der Führung des Gaues Berlin des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes daselbst ein Gastkonzert statt. Gleichzeitig haben die Rheinischen Arbeiterfänger, und zwar die Freie Chor-Vereinigung, Köln, dem Orchestersing Berlin des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und A. L. Bundes ihre Mitwirkung bei dem am 28. August d. J. in Treptow stattfindenden Gewerkschaftsfest zugesagt.

Eine Schlächterei polizeilich geschlossen.

Wie wir heute morgen mitteilen, erkrankten in Staaken bei Spandau 19 Personen nach dem Genuß von frischem Hackfleisch zum Teil unter schweren Bergiftungserscheinungen. Jetzt wird ein neuer Fall aus dem Osten Berlins bekannt. Mehrere Personen erkrankten unter Bergiftungserscheinungen, die sich in Erbrechen, Durchfall usw. äußerten. Der behandelnde Arzt stellte

Fleischvergiftung fest und benachrichtigte den zuständigen Kreisarzt. Nach den bisherigen polizeilichen Feststellungen haben die Erkrankten rohes Hackfleisch gegessen, das aus einer Schlächterei in der Borghagener Straße bezogen worden war. Das Geschäft wurde daraufhin polizeilich geschlossen und mehrere Fleischbeischnahmen, die zur Untersuchung an das Rührungsamt überfandt wurden. Lebensgefahr besteht glücklicherweise bei keiner der erkrankten Personen.

Betrügerische Autogeschäfte.

Gefälschte Schecks und wertlose Wechsel.

Ein vielgelesener Schwindler, der die Verfolgungsbehörden des In- und Auslandes schon lange beschäftigte, wurde gestern abend von der Berliner Kriminalpolizei am Kurfürstendamm festgenommen.

Ein 28 Jahre alter aus Rappoldtskirchen gebürtiger Kaufmann August Hofer spielte in Wien, Prag, Paris, London und Brighton, wahrscheinlich auch noch an anderen Orten, den Vertreter einer „Transito-Kaaschapi“ in Amsterdam, die Ein- und Ausfuhrgeschäfte betreiben sollte. Ob diese Firma besteht, ist noch dahingestellt. Lebensfalls aber ist Hofer nicht beugt, sie zu vertreten. Seit Monaten hielt sich der elegant gekleidete Mann in Berlin auf, wohnte in verschiedenen Hotels und Pensionaten und verkehrte in Handelskreisen, besonders in denen der Automobilbranche. Er kaufte Wagen an, die angeboten wurden und zahlte mit Schecks aus der Pariser Filiale einer New Yorker Bank, oder, wenn diese nicht angenommen wurden, auch mit Wechseln. Noch lieber brachte er Vagerrheine über lombardierte Autos an sich und versuchte dann, diese Wagen auf seine Schecks und Wechsel herauszubekommen. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei, die sich mit ihm befahte, weil weder für die Schecks noch für die Wechsel Deckung vorhanden war, ergaben, daß Hofer bei der New Yorker Bank bzw. ihrer Filiale in Paris einmal ein kleines Konto gehabt hat, das aber längst erloschen ist. Das Scheckbuch, das er von dieser Zeit her besaß, benutzte er nun zu den Schwindeleien. Die Wechsel verlor er mit gefälschten Stempeln der „Transito-Kaaschapi“. Kürzlich versuchte der Schwindler am Kurfürstendamm drei Autos, deren Vagerrheine er sich verschafft hatte, mit falschen Wechseln über 6000 und 12000 M. in seine Hände zu bekommen. Hierbei aber ermittelte ihn Beamte der Inspektion F. 7, die hinter ihm her waren und nahmen ihn fest. Wahrscheinlich hat er noch mehr Leute betrogen, als bisher bekanntgeworden ist. Der Verhaftete trug häufig eine schwarze Hornbrille, wahrscheinlich aber nur, um seine Gesichtszüge zu verändern. Ob er wirklich ein August Hofer aus Rappoldtskirchen ist, steht noch sehr dahin. Wahrscheinlicher ist, daß der Mann, der auch englisch und französisch spricht, einen falschen Namen führt. Das Dunkel, das um seine Person noch herrscht, muß erst weiter geklärt werden.

Ein internationaler Taschendieb ertwischt.

Einige Aufregung verursachte gestern nachmittag um 6 Uhr eine Verhaftung auf offener Straße an der sehr belebten Ecke der Hardenberg- und Joachimsthaler Straße. Kriminalbeamte der Sonderdienststelle waren schon lange hinter einem feingekleideten Mann her, der sich verdächtig an den Haltestellen der Autobusse und Straßenbahnen umhertrieb. Sie hatten in ihm bereits einen 34 Jahre alten, aus Wien gebürtigen „Kaufmann“ Richard Dietrich erkannt, einen internationalen gewerkschaftlichen Taschendieb, ihn aber bisher niemals eines Diebstahls überführen konnten. Gestern endlich fanden sie, wie er an der Haltestelle des Autos 20 einer Dame das Portemonnaie aus der Tasche zog, und sie griffen so schnell zu, daß er es nicht mehr befehlen konnte. Trotzdem spielte der Enttappede den Entrüsteten und drohte den Beamten mit einer Beschwerde beim Polizeipräsidenten. Das gestohlene Portemonnaie, das 50 Mark enthielt, wurde aber bald bei ihm gefunden und der Dame zurückgegeben. Der Verhaftete wurde, immer noch laut protestierend, nach dem Polizeipräsidenten gebracht. Er will schon seit 8 Wochen sich in Berlin aufhalten, seine Wohnung aber selbst nicht kennen.

Kleinstädtisches vom Stettiner Bahnhof.

Man schreibt uns: Sonntag nachts läuft der Wochenendzug aus Swinemünde ein. Da ich einen Angehörigen abholen wollte, so war ich bereits etwas vor 12 Uhr zur Stelle und ging in den Wartesaum, um einen Imbiß zu nehmen. Als ich gerade beim Essen war, kam ein Postbeamter in Begleitung zweier Bahnbeamten. Die drei gingen von Tisch zu Tisch und wiesen jeden aus dem Wartesaal, der keine Fahrkarte hatte. Man mußte also mit lauemem Munde sofort den Raum verlassen. Ein derartiger Bahndienstbetrieb existiert meines Wissens in ganz Deutschland nicht. Das Kuriosste ist aber, daß in dem riesigen, hundert Quadratmeter großen Vorraum vor den Sperren sowohl wie auf den drei breiten Bahnsteigen nicht eine einzige Sitzgelegenheit ist. Man sah dort alte und gebrechliche Leute an dem Mauerwerk gekniet stehen. Der Eiert und Waldraum für Damen, d. h. nur für Reisende, war ebenfalls geschlossen, so daß auch dadurch von weither kommenden Reisenden, noch dazu gerade den Damen, die Möglichkeit genommen wird, sich vom Staube zu befreien. Zur „Belustigung“ des wartenden Publikums trat dann

noch ein Beamter mit einem etwa 5 Meter langen Besen in Akt. Der den riesigen Vorraum mit lang ausholendem Bogen l. r. re. Den unentgeltlichen Genuß des Staubes hatte dann das Publikum noch dazu. Es ist wohl dringend notwendig, daß an geeigneter Stelle Maßnahmen getroffen werden, diese Kleinigkeiten zu beseitigen.

Gemütliches Berlin.

Warum das Feuerlöschboot zu spät kam.

Bei dem Brand des Dampfjägers von Radge in Ober-Schöneweide hat es ein Kuriosum gegeben, wie man es in der Weltstadt nicht für möglich hielt. Es handelt sich um das allerdings schuldlose Veragen des Feuerlöschbootes, das wir bereits mitgeteilt hatten. Der Oberbranddirektor Gempy hatte sofort nach Einrißfen der Wehren nach Berlin den Alarm sofort Entsendung des Feuerlöschbootes gegeben. Schlauchmaterial wurde bereitgelegt, um beim Eintreffen des Bootes sofort die Anschlüsse herstellen zu können. Was aber nicht eintraf, war das Feuerlöschboot. Auf eine Anfrage der Feuerwehr kam die überraschende Mitteilung, daß die Mühlenammischleuse nicht gezogen werden könne. Als Grund wurde angegeben, daß der Schleusenwärter nicht anwesend war. Selbst auf Umwegen war es dem Feuerlöschboot nicht möglich, an die Brandstätte zu gelangen. Es scheint dringend notwendig, daß dieser unerhörte Vorfall Gegenstand einer eingehenden Untersuchung wird. Wie nun, wenn einmal Menschenleben in Gefahr geraten und durch ein derartiges Veragen ums Leben kommen? Rettungsboote sind ka und gehen mit den Reitern unter. Rettungsringe hängen in Restaurants, und das Löschboot, auch ein Rettungsinstrument, kann nicht fahren, weil eine Berliner Schleuse nächstgelegene nicht geöffnet werden kann. Man darf sich nicht wundern, wenn ein solches Berlin Gegenstand des Gelächers in der Provinz wird.

Das Wasserbauamt Berlin teilt dazu mit, daß die Mühlenammischleuse maschinell betrieben wird und im Sommer nur bis 9 Uhr abends geöffnet sei, da die Schleuse in der Nacht nicht benutzt werde, könne man das Personal nicht eine Nachtlicht machen lassen. Die Feuerwehr wisse aber, daß die Mühlenammischleuse nachts außer Betrieb ist, und sei angewiesen, von 9 Uhr abends an den Sprekanal zu benutzen und sich an der Stadtschleuse, die mit Handbetrieb zu regulieren ist, durchzuschleusen. Die Befehlung der Feuerlöschboote sei für die Handhabung der Schleuse besonders ausgebildet. Nach Vereinbarungen sei der Feuerwehr, obwohl sie die Bedienung der Schleuse verstände, nicht gestattet, die Schleuse ohne Vermittlung des Schleusenmeisters zu passieren.

Das gestrige Großfeuer stellt den größten Brand dar, der sich seit längerer Zeit von einem derartigen Ausmaß in der Umgebung Berlins ereignet hat. Die Wehren waren mit insgesamt 10 Löschzügen zur Stelle und die ganze Nacht hindurch mit dem Abföh und Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Trotz des einsetzenden Regens bildeten sich immer neue Flammenherde, die durch den Wind angefacht wurden. Aus 21 Schlauchleitungen größten Kalibers wurden unaufhörlich gewaltige Wassermengen in das Flammenmeer geschleudert. Gegen 4 Uhr morgens trafen zahlreiche Ablösungszüge ein, um die völlig erschöpften Mannschaften, die lebermenschliches geleistet hatten, abzulösen. Dem tatkräftigen Eingreifen der Wehren unter Leitung des Berliner Oberbranddirektors Gempy ist es zum größten Teil zu verdanken, daß die Hauptgebäude des umfangreichen Komplexes des Dampfjäger- und Fournierwerkes vor der Einäscherung verschont blieben. Der Schaden ist sehr erheblich, aber durch Versicherung gedeckt.

Steirer in Berlin.

60 Mitglieder der Grazer Lehrervereinigung, die auf einer Studienreise durch Deutschland begriffen sind, trafen unter Führung des Hofrates Weiss in Berlin ein. Der Oesterreichisch-Deutsche Volksbund veranstaltete gestern einen Beerdigungsabend im „Bierhaus Dreher“, an dem Vertreter des Unterrichtsministeriums, der Stadt Berlin, der Philologen- und Lehrerverbände teilnahmen. In den Ansprachen des Abends wurden die Fragen der Schulanleihe Oesterreichs an Deutschland berührt und Vergleiche zwischen dem neuen österreichischen Schulgesetz und dem deutschen Reichsschulgesetz gezogen.

Zwierlei Maß.

Das hessische Amtsgericht in Büdingen hatte einen Einwohner Büdingens namens Alfred Wörnlein zur Räumung seiner Wohnung verurteilt. In dem Urteil hieß es: „In Sachen Sr. Durchlaucht des Fürsten zu Nassau und Büdingen gegen den Alfred Wörnlein... Beflagter wird verurteilt, seine Wohnung im Hause des Herrn Kägers... Wegen dieser ungleichen Behandlung von Käger und Beflagten erhob die Republikanische Beschwerdestelle in Berlin Beschwerde bei dem hessischen Justizministerium, da der Vorfall in der hessischen Dörflichkeit mit Recht beträchtliches Aufsehen hervorgerufen hatte.“

Der hessische Justizminister hat darauf der Republikanischen Beschwerdestelle folgenden Bescheid erteilt: „Bereits vor Eingang des vorbezeichneten Schreibens habe ich auf Grund einer Notiz in der „Darmstädter Zeitung“ vom 2. Juli 1927 Veranlassung genommen, den Sachverhalt aufzuklären. Es hat sich ergeben, daß das Urteilsschreiben von dem Kanzleibeamten, dem das Urteil von dem Richter diktiert worden war, bei der Reinschrift kurzgehandelt der Klagechrift entnommen und von dem Richter übersehen worden ist, die unangebrachte Bezeichnung des Kägers zu berichtigen. Dem Amtsgericht ist das Erforderliche bemerkt worden. J. B.: gez. Dr. Walzahn.“

Zu zwei Klepperbooten über den Nermelkanal.

Am gestrigen Donnerstag gelang es dem Direktor des Braunschweigischen städtischen Verkehrs- und Verkehrsamt, Dr. Wiehe, und dem Studenten Werner Schröder, den Nermelkanal zwischen Kap Griznez und Dover im Halbboot „Klepperboot Braunschweig“ trotz Regen, starken Windes und Seegangs zu überqueren. Die Leistung ist um so höher einzuschätzen, als die beiden Halbbootsfahrer auf ein Begleit- oder Schutzboot verzichtet hatten.

Die vermissten Honolulu-Flieger aufgefunden.

London, 19. August.

Die beiden an dem Pacific-Flug beteiligten und vermissten Flugzeuge „Mih Doran“ und „Golden Eagle“ sind heute aufgefunden und sämtliche Insassen in Sicherheit gebracht worden. Somit ist kein Flugteilnehmer verunglückt. An den Nachforschungen nach den beiden niedergegangenen Flugzeugen beteiligte sich praktisch die gesamte amerikanische Flotte, unterstützt von Marine- und Zivilflugzeugen.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, und „Der Kinderfreund“ liegen der heutigen Postausgabe bei.

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Besucht die Berliner Vergnügungspaläste, welche sich bereits für die Spätsaison geöffnet haben. Alles bisher Dagewesene hat einen großen Wandel erlitten, so daß jeder einzelne Vergnügungspalast Groß-Berlins ein vollkommen unabhängiges Bild zeigt. Die alljährlich, so auch in diesem Jahr die auf Berlin befindlichen Attraktionen nach Berlin zu breiten. Für alle Wertungen sind diese Stätten die wichtigsten; man hat daselbst Gelegenheit, sich das, wie man Interesse hat, anzusehen. Jedem Geschmack ist Rechnung getragen, so daß jeder Besucher befriedigt nach Hause geht. Die Inhaber der Vergnügungspaläste Groß-Berlins geben sich die ernstlichste Mühe, dem Publikum etwas Gutes zu bieten. Wir verweisen auf das Inserat in der heutigen Ausgabe.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: H. Calmann; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Calmann; Kunst: H. B. Böhler; Politik und Sonstiges: Fritz Karst; Anzeigen: Ed. Glode; Illustration: Berlin: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin, Strand: Hermann-Berlag; Verlags- und Vertriebsstelle: Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 117; 1. Beilage.

Billige und angenehme Herbstferien.

Die Hochsaison in den Luftkurorten und Sommerfrischen geht nunmehr ihrem Ende entgegen. Der Massentourismus vermindert sich und eine gewisse Ruhe und Besinnlichkeit zieht nunmehr in diesen Orten ein. Jetzt beginnt erst die wirkliche Sommerfrische. Der vom Alltagsgewühl ruhensuchende Arbeitsschicht findet jetzt im Urlaub seine innere Sammlung. Die Ferienheimgenossenschaft „Ratusfreunde“ in Jena, deren Häuser vorwiegend im herrlichen Thüringen liegen, und die bereits 5 Ferienheime und 5 Wanderheime besitzt, hat sich mit ihren Einrichtungen die Aufgabe gestellt, es auch den wenig begüterten Arbeitnehmern zu ermöglichen, die ihm zustehenden kurzen Ferientage angenehm und genussreich verbringen zu können. Daß die Einrichtungen einem vorhandenen Bedürfnis entsprechen, zeigt der überaus starke Besuch dieser Heime. In der Hauptferienzeit Juli bis Ende August ist der Ansturm derartig groß, daß noch weitere zehn Heime nötig wären. Aber auch in den anderen Monaten, im sogenannten Spätsommer, hat die Genossenschaft ein Interesse daran, daß die Heime möglichst stark besucht werden, damit bei den äußerst niedrigen Uebernachtungs- und Verpflegungssätzen eine Rentabilität erzielt werden kann. Aus diesem Grunde hat sich die Genossenschaft entschlossen, vom 1. September

dieses Jahres ab bis zum kommenden Frühjahr auch Nichtmitgliedern der Genossenschaft dieselben vergünstigten Sätze zu gewähren wie ihren Mitgliedern. Für Uebernachtung sind deshalb in den Häusern 70 Pf. bis 1 R. und für volle Verpflegung einschließlich Uebernachtung 3,50 R. zu zahlen. Volle Pension in Anspruch zu nehmen, ist nicht Pflicht. In jedem Heim können alle Lebensmittel und Getränke zu ortsüblichen Preisen gekauft werden. Diese Ferienheime sind: 1. Frauenwald in Frauenwald (Thüringer Wald), 770 Meter Seehöhe, herrliche Waldausflüge nach Oberhof-Schmücke-Wasserberg usw. Bahnstation: Frauenwald i. Thür. — 2. Genossenschaftsferienheim in Friedrichroda, 450 Meter Seehöhe, herrliche Ausflüge nach Spießberg, Heuberg, Inselfenberg usw. Bahnstation: Friedrichroda. — 3. Eisenhammer, Dübener Heide, Großer See, schöne Waldwege. Bahnstation: Söllichau oder Düben der Bahnlinie Wittenberg-Eilenburg. — 4. Steigerhaus bei Saalfeld a. d. Saale. Eine halbe Stunde von der Stadt. Herrliche Wälder. Ausflüge nach dem Schwarzwald, Schwarzwald, oberes Saaltal, Leutenberg usw. Bahnstation: Saalfeld. — 5. Muldenhaus in Rautenkranz im Vogtl. 650 Meter Seehöhe. Riesige Waldungen. Idyllische Lage. Luftkurort. Bahnstation: Rautenkranz der Bahnlinie Chemnitz-Adorf. Daneben unterhält die Genossenschaft noch mehrere Wanderheime, wie das Sieb-

haus bei Kahle i. Thür., das Finsterbacher Birschhaus bei Lambach-Dietz, das Spannerhaus bei Altenburg i. Th., den Auerhahn bei Kahle i. Thür. und das Heidehaus bei Neugraben (Sünderburger Heide). Sie sind alle wunderschön gelegen und besuchenswert. Vor allem auch der Winteraufenthalt mit seiner reinen wäldigen Bergluft ist zur Erholung besonders geeignet. Auf Wunsch überfendet die Genossenschaft bereitwillig einen Prospekt über Ihre Heime.

Schüleraufnahmen in den Aufbauschulen. Die Groß-Berliner Aufbauschulen Köllnische Gymnasium (nebst Realgymnasium) und Raempf-Schule (Realschule) nehmen zu Michaelis noch Schüler auf. Beide Anstalten beginnen mit Untertertia und führen in drei Jahren bis zur Obersekunda bzw. in sechs Jahren bis zur Reife für Universität und Hochschule. Freischule, freie Lernmittel, Wirtschaftsbefähigung, Fahrkostenermäßigung, nach bestandener Reifeprüfung auch Stipendien für das Studium werden nach den Bestimmungen des Magistrats gewährt. Anmeldungen begabter Gemeindeschüler der Klassen 2 und 1 zur Aufnahmeprüfung sind an den Bezirksschulsausschuß Berlin 1-6 im Stadthaus Klosterstraße bis zum 24. August durch die Direktoren der Volksschulen zu richten. Auskunft erteilt auch der Direktor des Köllnischen Gymnasiums, Jnselfstraße 2-5.

Beschäfts-Anzeiger

Bezirk Süden-Westen.

Volkspflege
Gewerkschaftlich-Genossenschaftl. Versicherungs-Aktiengesellschaft

Die Versicherung aller Arbeiter und Angestellten

Auskunft erteilen alle Vertrauensleute, sowie die Rechnungsstelle Berlin S 42, Ritterstraße 126, 1.

Bauhütte Berlin G. m. b. H.
Gesellschaft für Bauausführungen aller Art

Berlin SW 48, Wilhelmstr. 106
Fernsprecher: Zentrum 3203, 3206, 3207

VOLKS-FEUERBESTATTUNGS-VEREIN
vormals Volks-Feuerbestattungs-Verein Groß-Berlin VV u. G.

1913

UNTER REICHAUFSICHT
GESCHÄFTSGEBIET: DEUTSCHES REICH
MEMELGEBIET UND FREISTAAT DANZIG

HAUPTGESCHÄFTSSTELLE:
BERLIN N 4
INVALIDENSTR. 110
RUF: NORDEN 3885-88, 5044

ZIG. VERWALTUNGS-GEBÄUDE

KEIN KIRCHENAUSTRITT ERFORDERLICH
NACH EINMONATIGER MITGLIEDERSCHAFT
UNBEDINGTEN RECHTSANSPRUCH AUF
KOSTENLOSE, FLEISCHVOLLE BESTATTUNG

MAN VERLANGE KOSTENFREIE PROSPEKTE

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Besucht die Berliner Vergnügungsplätze!

Vergnügungspark an der Schillingsbrücke
Köpenicker Straße 27 a
Inhaber: Oeschw. Weidemann
Tägl. geöffnet! Eintritt frei!

Das Gebot der Stunde
ist der Eintritt in den

Erd- und Feuer-Bestattungsverein Groß-Berlin

W 35, Steglitzer Straße 66
Fernsprecher: Nollendorf 4168/69

Wurstchen
Die feinsten
EPHA-WERKE
BERLIN-BRITZ

Gebrüder Groh
Gegründet 1882

55 eigene Verkaufsstellen
in allen Stadtteilen Groß-Berlins

10 eigene Dampfmolkereien

Quedlinburg
die alte schöne Stadt
Kostenlose Auskunft d. Verkehrsamt.

Altes Eierhäuschen
Troptow + Plänterwald

Tel.: Mpl. 7913

Bieler
Mpl. 7913

Vergnügungspark and. Schlesischen Brücke
Vor dem Schlesischen Tor
Inhaber: Hermann Fey
Große Attraktionen!
Riesengebirgsbahn!
Tägl. geöffnet! Eintritt frei!

Allen Organisationen empfiehlt sich

MAURER & DIMMICK • BUCHDRUCKEREI
BERLIN SO 16, KOPENICKER STRASSE 36/38

Genossenschafts-Tischlerei „Ideal“
Tischlerei für Möbel, Bau u. Innenausbau

Neukölln (Hermannshof) Hermannstr. 48 • Tel. F 2 Neukölln 2444

Gegründet 1896

„Berolina“
Chem. Waschanstalt u. Färberei

Inh. Busch & Müller Nachf.
Neukölln, Kirchhofstr. 45

Filialen in allen Stadtteilen

Reuter-Park
Neukölln, Mainzstr. 46-52
Reuterstraße 88
Inhaber: Philipp Heilmann
Tägl. geöffnet! Eintritt frei!

Oswald Naeff A.-G., Berlin-Britz, Rudower Str. 34

reinigt - wäscht - färbt

Filialen in allen Stadtteilen

FRISIER-SALON für Damen und Herren

Gute Bedienung Solide Preise

Stadtbad Kreuzberg, Bärwaldstr. 64-65

Geflügel-Speisehaus Columbus
Kommandantenstr. 76

Reichhaltiges Mittag- und Abendgericht von 60 Pf. an.

Vergnügungspark „Moabit“
Stromstraße 65-68
Inhaber: Paul Freiberg
Volksbelustigungen aller Art. Jedermann herzlichst willkommen!
Tägl. geöffnet! Eintritt frei!

Kaufhaus Max Cohn
(Inhaber: Georg Hirschfeld)

Grünstr. 23-24 KÖPENICK am Schloßplatz
Das Haus der guten Qualitäten

Wäsche nach Gewicht
Dampfwäscherei Merkur, Berlin O 112
Frankfurter Allee 307 Fernspr.: Andreas 2820

Spezialität: Arbeiter-Berufskleidung
Mitglied der SPD.

Max Geist
Tabakfabrikate

Engroslager:
Stallschreiberstr. 23a

Filialen in Groß-Berlin
Frankfurt a. d. Oder
und Stargard i. Pommern

Vergnügungsplatz am Kleistpark
Potsdamer Straße,
Ecke Grunewaldstraße
Inhaber: Karl Schäfer
Tägl. geöffnet! Eintritt frei!

Orpheum NASENHEIDE 32-38
Ecke Graefestraße
Telephon: Hasenheide 8526-8528

Säle für Vereinsfestlichkeiten jeder Art.
Dienstag, Donnerstag und Freitag Roullette-Tanz.
Sonntags: Varieté und Tanz.

Stadtbad Kreuzberg
Bärwaldstraße 64, 67.

Aller Art medizinische Bäder für Herren und Damen.
Geöffnet täglich von morgens 9 Uhr bis abends 7 Uhr
Kassenschluß 6 Uhr :: Zugelassen bei sämtl. Krankenkassen.
Schwimm-, Wannen- und Brausebäder.

Juliuspark Rudow, Bahnhofstr.
Endstation der Linien 47 und 147

und Schloßbrauerei-Ausschank **Schöneberg**
Hauptstraße 122/23
Inh.: Frau Margarete Grümmer

empfehlen in beiden Lokalen seine großen und kleinen Säle, sowie die herrlichen Naturgärten zu allen Veranstaltungen. In beiden Lokalen Kaffee-Kochen

Vergnügungspark Spree-Zelt
Richard-Wagner-Straße 10
Inhaber: Wilhelm Konrad
Tägl. geöffnet! Eintritt frei!

Wäscherei für Arbeiter-Berufskleidung

Annahmestellen: NW 87, Sickingenstr. 77 • NW 87, Berlichingenstr. 1
N. Antonstr. 4 • SO 33, Mantuffelstr. 77 • Reinickendorf, Eichbornstr. 47/48

Karl Habetha
NW, Siemensstr. 12

Billig. Bezugsquelle für fertige Herrenkleidung

Max Geist
Tabakfabrikate

Engroslager:
Stallschreiberstr. 23a

Filialen in Groß-Berlin
Frankfurt a. d. Oder
und Stargard i. Pommern

Fortuna-Park
Belle-Alliance-Straße
Ecke Oranienstraße
Unter persönlicher Leitung H. G. Brantjes
Tägl. geöffnet! Eintritt frei!

Für gute Darstellungen, abwechslungsreiche Programme u. Attraktionen, sowie Volksbelustigungen all. Art bürgen die

Vergnügungsplatzinhaber Groß-Berlins.

Arbeiter und Händler kaufen nur

„Zanta“

Zigaretten billig und gut.
Zanta-Zigarettenfabrik.

F. Hamburg, Bln.-Siegglitz Schloßstr. 102-103
Berufskleidung

Feine Herren-Ausstattungen

Blinde, Invaliden und Witwen erhalten 5 Prozent Preisermäßigung!

Gibt es sozialistische Kultur?

Von Dr. Theodor Eichauer.

Wird das Vorhandensein oder die Möglichkeit sozialistischer Kultur erörtert, so ist die Gefahr eines Mißverständnisses groß, da weder über das Wesen der Kultur noch über die Beziehungen zwischen Kultur und Sozialismus ausreichende Klarheit herrscht.

Geht man davon aus, daß alle Vorgänge des sozialen Lebens sich in die drei Gebiete der Gütererzeugung, der Güterverteilung und des Güterverbrauchs einordnen lassen, so gelangt man dazu, das gesamte Gebiet des Güterverbrauchs, also der Lebensführung, mit dem Begriff Kultur zu bezeichnen. Unter Kultur versteht man demnach

Die Gesamtheit der Lebensführung

eines Einzelnen, einer Klasse eines Volkes oder der Menschheit und verbindet nicht ohne weiteres mit diesem Begriff irgend-ein Werturteil. Kultur ist vielmehr eine soziale Erscheinung, die der Entwicklung unterliegt, deren einzelne Phasen man als Kulturformen bezeichnet. Zur Kultur als dem Gebiete der Lebensführung gehört selbstverständlich nicht nur die Befriedigung materieller Bedürfnisse, also der Verbrauch materieller Güter, wie Wohnung, Nahrung, Kleidung, sondern auch der Genuß ideeller Werte, wie Kunst, Wissenschaft, Religion usw. Nach der materialistischen Geschichtsauffassung ist die gesamte Kultur der Ueberbau, der sich auf der Grundlage der jeweiligen Produktionsverhältnisse erhebt. Nun kann es heutzutage keinen Zweifel mehr unterliegen, daß die Lebensführung einer Gesamtheit, sei sie nun Klasse oder Volk, entscheidend durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bestimmt wird. Es ist namentlich klar, daß das Proletariat in seiner Gesamtheit durch seine ökonomische Lage zu einer bestimmten Lebensführung, einer proletarischen Kultur, genötigt wird. Aber um diese Erkenntnis handelt es sich nicht, wenn das Wesen und die Bedeutung sozialistischer Kultur erörtert wird. Vielmehr hat sich aus der Lage des Proletariats eine besondere Ideologie, der Sozialismus, entwickelt, der wie jede Ideologie trotz der Abhängigkeit von wirtschaftlichen Umständen eine Tendenz zur Selbstständigkeit aufweist, in der Art, daß bestimmte kulturelle, sittliche und rechtliche Folgerungen sich auch dort durchsetzen, wo die ökonomischen Verhältnisse die Aufnahme sozialistischer Ideen nicht ohne weiteres verständlich machen, wo vielmehr nur die Fortentwicklung bestimmter Gedankengänge in der Richtung auf den Sozialismus in Erscheinung tritt. Es handelt sich hierbei um die

ideologischen Formen.

in denen sich nach Marx die Menschen einer Veränderung der ökonomischen Grundlagen ihrer Existenz bewußt werden und, worauf es hier besonders ankommt, den Kampf um diese Ummwälzung mit geistigen Waffen, also losgelöst von den ökonomischen Interessen, ausfechten.

Wenn man also ohne weiteres von einer bestimmten Lebenshaltung, einer Kultur des Proletariats, sprechen kann, so kommt es hier doch darauf an, inwiefern der ideologische Inhalt dieser Kultur bestimmend für die Kulturstufe der Zeit oder des Volkes im allgemeinen ist oder werden kann. Entscheidend ist in erster Linie, worüber auch kaum ein Zweifel bestehen kann, die Ideologie der herrschenden Klasse und die Macht dieser — bürgerlichen — Kultur wirkt sich zunächst darin aus, daß das Proletariat nicht sowohl bewußt darum bemüht ist, eine eigene Kultur zu entwickeln, als vielmehr sich der bürgerlichen Kultur anzupassen, wenn auch in abgeschlossenen proletarischen Kreisen, wie Arbeitergesangsvereinen, Arbeiterturnvereinen, Arbeiterabteilungsvereinen usw. Auf dem Gebiete der Kunst werden freilich Stoffe bevorzugt, die sich mit der Lebenshaltung des Arbeiters und seinen sozialen Idealen beschäftigen. Dies gilt sowohl von Malerei wie von Dichtkunst, vielleicht namentlich vom Schauspiel, ohne daß jedoch diese Wahl des Stoffes schon die Bezeichnung einer besonderen sozialistischen Kultur rechtfertigen würde.

Die Lebensführung des Proletariats,

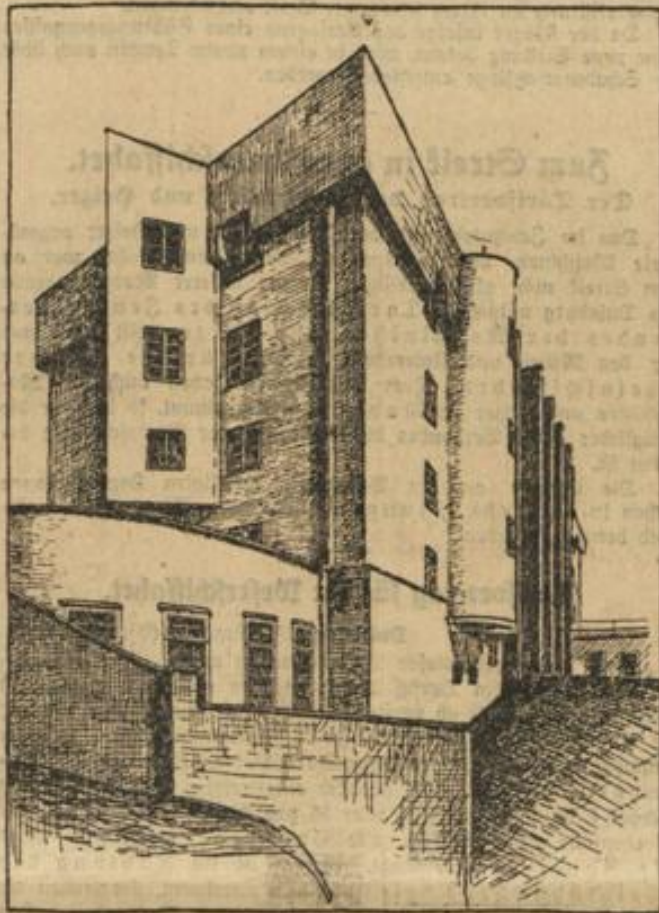
also die vorhandene proletarische Kultur, paßt sich daher im wesentlichen den Formen der bürgerlichen Lebensführung an. Darüber hinaus existiert zwar im Sozialismus ein bestimmter, aus der Lage des Proletariats hervorgegangener Geisteszustand, der aber keineswegs die Gesamtheit des Proletariats erfüllt und auch da, wo er vorhanden ist, sich auf bestimmte politische Forderungen und deren Rechtfertigung beschränkt, ohne auf die Gesamtheit der Lebensführung entscheidenden Einfluß auszuüben. Man kann sich natürlich auch vorstellen, daß bei weiterer Durchsetzung sozialistischer Forderungen die Lebenshaltung des Proletariats im wesentlichen so gestiegen ist, daß z. B. das Bedürfnis nach Raummitteln und Genußgütern weder auf Ueberfüllung mit anderen Genüssen noch auf besonderem Elend und dem Wunsch, es zu vergessen, beruht. So können soziologisch Erscheinungen der Kultur-entwicklung teils auf die Lage des Proletariats, teils auf die Erfordernisse des Klassenkampfes, teils auf allmähliche Besserung in der Lage des Proletariats zurückgeführt werden. Im allgemeinen wird es aber leichter sein, negativ zu sagen, welche Bestandteile einer bürgerlichen Kultur nicht mit dem Sozialismus vereinbar sind, wie z. B. auf dem Gebiete religiöser Bedürfnisse, als positiv zu behaupten, welche Merkmale oder Erscheinungsformen der Lebensführung charakteristisch für eine sozialistische Kultur sind oder sein werden, d. h. ihre Wurzeln in der Ideologie des Sozialismus haben.

Es wäre nun allerdings noch zu prüfen, ob die Durchsetzung einer sozialistischen Kultur in dem dargelegten Sinne bis zu ihrer relativen Allgemeingültigkeit lediglich der Entwicklung überlassen bleiben darf, oder ob Bemühungen aufgewandt werden müssen, der bürgerlichen Kultur bewußt eine sozialistische gegenüber zu stellen. Diese Frage hat nicht nur theoretische Bedeutung. Denn die Normen der bürgerlichen Kultur sind für die Bourgeoisie Mittel zur Behauptung ihrer Stellung im Klassenkampf. Demgegenüber genügt es nicht, nur Kritik zu üben, z. B. an den

Ein „Haus des Volkes“ in Probstzella.

Wer über Halle—Jena von Berlin nach München fährt, blickt auf, wenn er in der letzten thüringischen Station, Probstzella, wo alle Schnellzüge halten, ein rogendes, neues Gebäude mit der weithin sichtbaren Aufschrift: „Haus des Volkes“ erblickt. Von der Turmzinne weht die schwarzrotgoldene Fahne. Man fragt: Wie kommt der kleine Ort von noch nicht 2000 Einwohnern zu diesem Volkshaus?

Genosse Franz Itting, der Besitzer der Ueberlandzentrale in Probstzella, hat das große Werk für die Arbeiterorganisationen bauen lassen; nicht nur, wenn auch in erster Linie, als Heim der Arbeiterschaft Probstzellas und Um-



gebung, sondern auch als Erholungs- und Unterrichtsstätte der gesamten deutschen Arbeiterschaft. Der Bau war außerordentlich schwierig; der Bauplatz mußte aus dem Felsen herausgesprengt, an 6000 Kubikmeter Felsen bewegt und fortgeschafft werden. Die Bauzeit betrug zweieinhalb Jahre. Eingeweiht wurde das „Haus des Volkes“ am 30. April 1927, von der Arbeiterschaft erstmalig benützt am 1. Mai dieses Jahres. Seit-her haben oft größere Veranstaltungen der mitteldeutschen Arbeiterorganisationen und Schulungswochen der Arbeiterschaft dort ihre Stätte gehabt. Zur Beaufsichtigung und Mitverwaltung des Hauses ist aus den Arbeiterorganisationen Probstzellas ein Ausschuß gebildet, der mit dem Genossen Itting zusammen tätig ist. Die Benutzung des Hauses und seiner Einrichtungen steht jedem frei; nur die Organisationen der Kommunisten und der Rechtsparteien als solche sind ausgeschlossen. Der Wirtschaftsbetrieb ist nicht an einen Unternehmer verpachtet, sondern wird in gastfreundlichem Geiste durch vom Genossen Itting und dem Hausauschuss ein-

geleitetes Personal geführt. Er umfaßt alle Zweige eines modernen Hotelbetriebes und kann sich qualitativ neben einem erstklassigen Großstadthotel sehen lassen. Die Gegend um Probstzella ist landschaftlich von hohem Reiz.

Beim Betrachten der etwa 60 Meter langen und fünf Stockwerke hohen Fassade fällt die Vermischung zweier Stilarten auf. Das ist auf die Beteiligung zweier Architekturen aus ganz verschiedenen Schulen zurückzuführen. Den ursprünglichen Plan und überwiegend das äußere Gesicht des Baues schuf ein thüringischer Architekt alter Schule. Reinigungsarbeiten mit ihm veranlaßten, als der Bau ziemlich hochgeführt war, daß er aus der Bauleitung ausschied und das Bauhaus Dessau durch seinen Architekten K r n d t das Werk zu Ende führte. An der Fassade wurde zwar einiges anders gegliedert, doch war nichts Wesentliches mehr zu ändern, daher das zwiespältige Gesicht. Für die innenräumliche Gestaltung ist allein das Bauhaus Dessau verantwortlich. Und da kann man wohl sagen: sie ist geblüht; wirklich eine Tat, ein Ausdruck des kulturellen Strebens der Arbeiterschaft.

Am Erdgeschoß befindet sich das Hotelrestaurationsbüro, ebenso wie alle Aufgänge und Korridore einfach und übersichtlich angelegt, in wohlgehaltener, lebendigen Farben gehalten, mit neuartigen Beleuchtungskörpern versehen (indirektes Licht). Dazu die Wirtschaftsräume (Küche, Bäckerei, Keller, Eisräume usw.) ausgestattet mit den modernsten elektro- und wärmetechnischen Maschinen. Heizung und Warmwasserversorgung des sehr großen Gebäudes erfolgen durch Fernanlage vom Elektrizitätswerk aus. Die nächsten beiden Stockwerke enthalten Fremdenzimmer mit einfachen, zweckmäßig-bequemen Bauhausmöbeln. Jedes Zimmer hat Fernsprecher, Zentralheizung, kaltes und warmes fließendes Wasser, eingebaute Schränke, automatische Entlüftung, wie übrigens das ganze Haus. Einige Zimmer haben Bad. Außerdem befinden sich in diesen Etagen Bäder, Ruheräume und russische Dampfbäder. Die dritte Etage umfaßt Gesellschafts- und Versammlungsräume, Les- und Billardzimmer, Bäckerei, schallloser gebaute Regalbahnen, Duschräume, Wohnungen; die vierte ein sehr hübsches Foyer und einen herrlichen, rund 1000 Personen fassenden Saal in rot und grau. Die übrigen Stockwerke bergen Galerie, Kinobühne, technische und Wirtschaftsräume usw.

Alle Räume sind untereinander mit Fernsprecher verbunden, die Etagen durch Personenaufzug. Bühne, Beleuchtungsanlage, Bühnenzubehör, verstellbares Orchester sind ganz erstaunlich großzügig und modern eingerichtet. Die Wohnverhältnisse lassen auch Aufführungen mit großem szenischen und Personenaufwand zu. Bisher spielte mehrmals das Nationaltheater von Weimar. Die Kinoeinrichtung besitzt die modernsten Apparate. Technisch sehr bemerkenswert vom Standpunkt proletarischer Haushaltung aus ist neben der maschinellen Einrichtung der Küche und der Heizungs- und Entlüftungsanlage die Bäckerei, wieder mit neuesten Maschinen ausgerüstet. Das Haus besitzt vier große Garagen, Gartenpavillon, Terrassen, Gewächshaus, Sportplatz, Kaskaden sind im Bau und werden in diesen Wochen fertiggestellt. Eine Jugendherberge wird ausgebaut, die Errichtung einer vorläufig barackenartigen, später massiven Turnhalle ist geplant.

Alles in allem: Ein Werk, entstanden in gemeinschaftlichem Schaffen, ehrenvoll für Bauherren, Architekten und Belegschaft, die sich ganz auf die neuen, ungewohnten Ideen einstellte; ein machtvolles Zeugnis kulturschöpferischen sozialistischen Aufbaues!

Das „Haus des Volkes“ eignet sich gut zu Ferienaufenthalten und Tagungen der sozialistischen Arbeiterschaft und verdient weit über Thüringen hinaus bei reisenden und erholungsuchenden Arbeitern Beachtung, um so zu keinem Teil im weiteren Sinne das Wort wahr machen zu helfen, unter dem die Einweihung erfolgte:

Zur Förderung neuen Geistes
schuf dich, „Haus des Volkes“,
zäher Wille,
allen Widerständen zum Trotz!

geltenden Grundsätzen auf jeglichem Gebiet oder gegenüber der Geburtenregelung, denn der Weg von der Kritik zur Erschütterung von Grundsätzen ist außerordentlich weit, und selbst die theoretische Widerlegung von Normen raubt ihnen keineswegs ihre Macht im Leben. Die Gesellschaft stellt auch unabhängig vom Staat ein organisiertes Ganzes dar, mit Machtmitteln, wie z. B. der gesellschaftlichen Achtung, die keineswegs unterschätzt werden dürfen. Durch eine Art gesellschaftlicher Hierarchie beherrscht die bürgerliche Moral die Lebensführung der Gesamtheit und es ist daher sehr zu erwägen, ob nicht auch auf dem Gebiete der Kultur der Klassenkampf mit den Mitteln der Bourgeoisie, d. h. in diesem Falle mit den Mitteln der Organisation, also einer umfassenden Kulturorganisation, geführt werden muß. Es ist nun geistesgeschichtlich außerordentlich interessant, daß die

Idee einer Organisation der Kultur

gleichzeitig in den verschiedenen Ländern völlig unabhängig und mit den verschiedensten Begründungen aufsteht. Selbst an einer soziologischen Fundierung, die dem Ideengang des Sozialismus entspricht, fehlt es nicht. Jedoch will ich mich an dieser Stelle mit dem Hinweis auf das Problem begnügen. Da aber die Aufgabe gestellt ist, ist ihre Lösung möglich. Wie nämlich Karl Marx mit Recht sagt, „stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet, wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind“.

Recht — nicht Gnade!

In alten Zeiten und Zeitschriften führen ist interessant und bringt den Gewinn, daß man sich doch bewußt wird, wie gewisse Erscheinungen unserer Kultur so feste Wurzeln geschlagen haben, daß selbst reaktionäre Regierungskombinationen daran nicht rütteln können. Namentlich gilt dies von den Rechten, die der Frau als Ergebnisse langer und harter Kämpfe zuteil geworden sind. Die Frau genießt seit dem Untergang des Obrigkeitsstaates — wenigstens in der Theorie — alle Rechte des

Mannes. Wie sonderbar berührt heutzutage die Letztüre eines Kurstufes zu einer Sammlung, die von schätzvollen Frauen veranstaltet wurde, um einer franken Näherin, deren Fleiß, stillames Betragen und Bescheidenheit in vollen Tönen gepriesen werden, die Wohlthat eines Kurstufes zu verschaffen! Die Unwürdigen, für die das arme Wesen an einem wirklich nicht bevorzugten Platte der Wohnungen in langer Arbeitszeit sich abgearbeitet hatte, waren so gnädig gewesen, auf dem Wege einer Kollekte die Mittel aufzubringen. Heute wird der franken Arbeiterin die Wohlthat der Verpflegung in ein Heilbad ohne demütigende Begleitumstände zuteil: sie hat ein Recht darauf —, von Gnade ist nicht mehr die Rede.

Ein anderes Bild aus der Vergangenheit, ebenso wie das erste der Wirklichkeit entnommen: In einem bekannten Kurort A. des westlichen Deutschlands sollte in der Städteterrassenversammlung über den Neubau der höheren Mädchenschule beschlossen werden. Der Bürgermeister hatte zu der Sitzung die Schulleiterin als Sachverständige eingeladen. Zwei Stadtväter schüttelten die Schale ihres Zornes über diese „Brüsterlerin“ in heftigen Worten aus: „Draußen werden wir als Hanswurstler hingeführt, daß wir uns das gefallen lassen... und: die Anwesenheit der Damen ist nicht zulässig, die Städteterrassen wollen selbst, was sie zu tun und zu lassen haben.“ Da dieselben Männer, die so redeten, der Tüchtigkeit der Leiterin unaufragender Beifall zollten, macht die Angelegenheit noch schmerzlicher: der Gedanke, daß Frauen in öffentlichen Dingen mittun, war für jene Männer einfach das bekannte „rote Tuch“. Würde eine Frau gefragt, so war das eben eine Gnade... Wir alle wissen, daß im Kaiserreiche durchgreifende Reformen nur dann möglich waren, wenn sich die obere Schicht, die Junkerkaste, davon Vorteile versprach. Mit einem großen Aufwand von juristischer Kabuffistik wurde der Frau die elementarste Betätigung im Staat und in der Gemeinde abgestritten.

Wenn heute die Verhältnisse so ganz anders geworden sind, so ist dies neben dem das ganze Staatsgebäude umwerfenden Gedanken der Revolution, der unermüdeten Arbeit der Frauen unserer Partei zu verdanken. Selbst die geringe Zahl der freibekämpften bürgerlichen Frauen verfolgte fast immer bei den sozialen Fragen. Das Gewicht der Organisation, das die sozialdemokratischen Frauen in die Bahngänge werfen konnten, brachte den Umschwung herbei.

Und die Lehre aus diesen Zeugnissen einer von uns Älteren noch durchlebten Periode? Sie lautet: nur der Zusammenschluß bietet die Gewähr für neue Siege und für die Erhaltung der bereits gewonnenen Positionen. Eine für alle und alle für eine: in dieser schmerzlichen Hingabe liegt die Lösung der Kulturfrage der arbeitenden Frau.

Protestaktion der Kraftdroschkenführer.

Für Einheitstarif, gegen Polizeimaßnahmen.

Der Deutsche Verkehrsband hatte zu heute vormittag nach dem Saalbau Friedrichshain eine öffentliche Versammlung aller Berliner Kraftdroschkenführer einberufen, um für die Einführung des Einheitstarifs und gegen die angeleglichen Polizeimaßnahmen zu demonstrieren. Die Kraftdroschkenführer waren dem Ruf der Organisation so zahlreich gefolgt, daß der große Saal und die Tribüne schon lange vor Beginn der Versammlung stark überfüllt waren. In den Sitzreihen sah man nur noch wenige Kraftdroschken, diese wurden von Fahrern gesteuert, die immer noch glauben, ohne die Solidarität mit ihren Berufskollegen auskommen zu können.

Der Sektionsleiter der Kraftfahrer im Deutschen Verkehrsband, Genosse Henl, ging zunächst auf die vor einiger Zeit erfolgte Einführung des Kleintarifes ein, die dazu geführt hat, daß für die Fahrer der Mitteltarifdroschken eine nicht unbedeutende Schwächung des ohnehin schon geringen Verdienstes eingetreten ist. Es laufen zurzeit in Berlin 1200 bis 1500 Kleintarifdroschken. Die Fahrer dieser Droschken nehmen den anderen Fahrern einen Teil ihres Verdienstes weg.

Bei den Lohnverhandlungen betonen die Unternehmer stets, daß sie ihren Fahrern keine Lohnerhöhungen gewähren könnten, weil sie die Löhne auf die Mitteltarifdroschken aufgebaut hätten, ihnen aber die Kleintarifdroschken eine so erhebliche Konkurrenz machten, daß sie ohne eine Verringerung der Löhne höhere Löhne zahlen könnten. Die Einführung der Kleintarifdroschken hat auch dazu geführt, daß die Kraftdroschkenführer in zwei feindliche Lager gespalten worden sind.

Genosse Henl ging dann kurz auf die Verhältnisse im Pariser Kraftdroschkengewerbe ein. Es gibt dort zurzeit etwa 14000 Droschken, die aber fast alle den gleichen Typ haben und zu einem Tarif fahren. Das hat zur Folge, daß von den Fahrern keine Wagen bevorzugt werden, so daß auch unter den Kraftdroschkenführern keine Feindschaften aufkommen können. Der Verkehrsband sowohl wie die Berliner Kraftdroschkenführer sind der Auffassung, daß das Publikum so billig wie möglich fahren muß. Die Kraftdroschke soll nicht nur ein Verkehrsmittel der besitzenden Klasse sein. Es muß aber auch dafür gesorgt werden, daß die Fahrer öffentlichen Verkehrsmittels, wie es die Kraftdroschken sind, wenigstens menschenwürdig existieren können. Eine Verringerung der Löhne in Berlin muß in aller kürzester Zeit erfolgen, wenn es im Berliner Kraftdroschkengewerbe nicht zu einer Katastrophe kommen soll.

Im Anschluß daran sprach Genosse Bergmann vom Verkehrsband über die Polizeimaßnahmen gegen die Kraftdroschkenführer und die schon wiederholt gekennzeichneten Mißstände, die durch die neue Berliner Droschkenordnung nicht behoben worden sind. Die kleinen Schlitzen der Polizeibeamten, die in geradezu lächerlich wirkender Weise ausarten, sind für die Kraftdroschkenführer einfach nicht mehr zu ertragen. Das Kraftverkehrsamt und das Berliner Polizeipräsidium müssen sich schnellstens dazu bequemen, die Berliner Droschkenordnung in ihren unheilbaren Paragraphen zu revidieren und die Verkehrsbekanntmachungen nicht so scharf gegen die Kraftfahrer vorzugehen. Es fanden dann zwei Entschlüsse im einstimmigen Annahme, deren einer fordert, daß nur Kleintarifdroschken mit einem Sitz gestattet wird, zum Kleintarif zu fahren, während die zweite fordert, daß den vom Verkehrsband beantragten Änderungen der für die Fahrer untragbaren Paragraphen der Droschkenordnung stattgegeben wird.

Unberechtigte Entlassung bei der Luftkassa.

Wie leichtfertig oftmals Entlassungen ausgesprochen werden und nach dazu der Entlassene an seinem Fortkommen gehindert wird, zeigte eine Verhandlung vor der Kammer 32 des Berliner Arbeitsgerichts am Mittwoch dieser Woche. Die Angelegenheit ist um so bedauerlicher, als es sich um die Deutsche Luftkassa A.-G. handelt, die doch immerhin auf ihren Ruf Wert legen muß. Bei der Luftkassa war seit dem 27. November 1926 der Heizer E. beschäftigt. Er wurde am 11. Juli d. J. plötzlich fristlos entlassen, weil ein anderer Arbeiter bei Aufräumungsarbeiten am Sonntag, dem 10. Juli, in einem unerschlossenen Armaturenschrank

des Kesselhauses einige in Zeitungspapier eingewickelte Explosivstoffe fand, die der Kammer gehörten. Man vermutete, daß der Heizer E. die Bestände in der Kammer gestohlen und in dem Armaturenschrank versteckt hatte, um sie gelegentlich mitzunehmen. Die fristlose Entlassung wurde ausgesprochen, ohne daß die Betriebsleitung den geringsten Beweis in den Händen hatte oder auch nur zu führen versuchte.

Die vor dem Arbeitsgericht geführten Vergleichsverhandlungen scheiterten, da die Firma sich weigerte, dem Entlassenen ein Zeugnis über einwandfreie Führung auszustellen. Der Vorschlag des Arbeitsgerichts, eine Ehrenerklärung auszustellen, kam die Firma wohl nach, jedoch hatte die Erklärung eine Form, aus der man alles mögliche herauslesen konnte.

In dem Kammertermin konnte die Firma trotz des Aufgebots an Zeugen auch nicht den geringsten Beweis dafür erbringen, daß der gegen E. erhobene Verdacht des Diebstahls begründet war. Die Zeugenaussagen erweckten vielmehr den Eindruck, als ob die Betriebsleitung nur nach einem Entlassungsgrund gesucht hatte. Nur sehr zögernd erklärte sich der Vertreter der Luftkassa schließlich zu folgendem Vergleich bereit: 1. Die Beklagte stellt dem Kläger ein Zeugnis über einwandfreie Führung und Leistung aus. 2. Die Beklagte stellt dem Kläger eine Ehrenerklärung aus, daß der gegen den Kläger geltend gemachte Verdacht sich als unbegründet erwiesen (nicht etwa nur: nicht stichhaltig). 3. Die Beklagte zahlt dem Kläger 135 M. als Entschädigung gemäß § 87 BGB. 4. Der Kläger behält sich seine Schadenersatzansprüche wegen entgangenen Verdienstes vor. 5. Die Beklagte behält sich vor, die 135 M. auf die etwaige Schadenersatzsumme anzurechnen. 6. Die Beklagte verpflichtet sich, die Ehrenerklärung an ihrem schwarzen Brett auszuhängen.

Da der Kläger infolge des Versagens eines Führungszeugnisses keine neue Stellung bekam, wird in einem neuen Termin noch über die Schadenersatzklage entschieden werden.

Zum Streik in der Rheinschiffahrt.

Der Tarifvertrag der Maschinisten und Heizer.

Das im Zentralverband der Maschinisten und Heizer organisierte Maschinen- und Kesselpersonal der Rheinschiffahrt war an dem Streik nicht aktiv beteiligt. Der in unserer Morgenausgabe aus Duisburg mitgeteilte Tarifabschluss des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer gilt nicht nur für den Mittel- und Unterrhein, sondern für die gesamte Rheinschiffahrt. Dem Tarifvertrag haben auch die Maschinisten und Heizer in Mannheim zugestimmt, so daß für die Mitglieder dieses Verbandes die Bewegung der Rheinschiffahrt beendet ist.

Die übrigen an der Bewegung beteiligten Organisationen stehen in Unterhandlungen, über deren Ausgang wir alsbald berichten werden.

Tarifvertrag für die Weserschiffahrt.

Duisburg, 19. August. (Eigenbericht.)

Nach drei ergebnislosen Verhandlungen wurde für die Weserschiffahrt unter dem Vorsitz des Schlichters ein Tarifvertrag mit Geltung vom 1. Juli ab vereinbart. Beim Laden, Löschen usw. ist die achtstündige Arbeitszeit zugrunde gelegt. Darüber hinausgehende Arbeiten, nichtgewährte Pausen sind als Ueberstunden anzusehen. Die dadurch eingetretene Arbeitsverkürzung beträgt 6 Stunden pro Tag oder 36 pro Woche. Die Fahrzeit ist ebenfalls neu festgelegt, alle Sonntage durch freie Tage als Ruhetage anerkannt, ebenso ist die Zahlung der Rheinschiffahrt bei Rheinschiffahrt anerkannt, desgleichen die bessere Bezahlung der Ueber-, Sonntags- und Nachtarbeit. Das Schiffspersonal braucht nicht mehr in der Ladung zu arbeiten. Die Wochenlöhne bleiben dieselben, gelten aber für 6 statt 7 Tage. Zudem gelten die Löhne laut früherer Vereinbarung bis 31. Dezember 1927. Das Personal der Weserschiffahrt ist fast reiflos im Deutschen Verkehrsband organisiert.

Gesamtausperrung in der Krefelder Seidenindustrie.

Da der Schlichter die von den Gewerkschaften geforderte Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches abgelehnt hat, geht der Kampf zunächst weiter. In Krefeld ist nunmehr die Gesamtausperrung eingetreten. Ausgesperrt sind zurzeit etwa 12 000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen. Da auch die Beredlungsindustrie ausgesperrt hat, ist damit zu rechnen, daß nunmehr auch die Samtindustrie zum Erliegen kommt. Dadurch würden weitere 8000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen in Mitleidenschaft gezogen.

Beginnende Stilllegung der Samtindustrie.

Krefeld, 18. August. (MFB.)

Die Krefelder Samtindustrie sieht sich zu starken Arbeitseinschränkungen gezwungen, da infolge der Stilllegung der Färbereien starker Materialmangel eingetreten ist und durch die Stilllegung der Ausfärbungsanstalten die einkommende Ware nicht mehr ausgerüstet werden kann und dem Verderben ausgeliefert ist. Wie wir hören, ist zunächst die Arbeitszeit etwa auf die Hälfte der bisherigen Beschäftigung herabgesetzt worden. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß bei weiterer Fortdauer des Arbeitstempes in absehbarer Zeit die völlige Stilllegung der Betriebe erfolgen muß.

Bewegung in den sächsisch-thüringischen Webereien.

Für die sächsisch-thüringischen Webereien ist von den Gewerkschaften zu Ende August der Lohnstarif gefündigt worden. Gefordert wird eine Erhöhung des Spitzenlohnes von 57 auf 67 Pfennig. Nach dem Scheitern der Parteiverhandlungen hat der Arbeitgeberverband den Schlichtungsanspruch Gera angesetzt. Auch vor dem Ausschuss kam es zu keiner Einigung. Die Lohnverhandlungen sollen deshalb am 22. August fortgesetzt werden. Kommt es abermals nicht zu einer Einigung, dann wird am 23. August ein Schiedspruch gefällt werden.

Landarbeiterbehandlung in den Domänen.

Die barbarische Behandlung von Landarbeitern, wie sie wiederholt von Süddeutschen Agrarier gemeldet werden mußte, findet in der jüngsten Zeit mehr und mehr auch in den vom Staat verpachteten Domänen Eingang.

Seit dem Frühjahr dieses Jahres besteht auf der Domäne Zubzow zum Verdruss des Pächters wieder ein Betriebsrat. Der erste Vorsitzende des Betriebsrates ist bereits vor einiger Zeit entlassen worden. Wegen der fristlosen Entlassung schwebt eine Klage beim Arbeitsgericht. Das an Stelle des ausgeschiedenen Vorsitzenden tretende Betriebsratsmitglied sollte nach dem Willen des Pächters denselben Weg gehen. Am 28. Juli 1927 betam der Vorsitzende hintereinander drei verschiedene Arbeitsbescheide, so daß er sich bei dem aufsichtsführenden Beamten beschwerte und fragte, was er nun eigentlich machen sollte. Dieser brüllte ihn sofort an und verbot sich die „fresche Schnauze“ des Arbeiters. Der Domänenpächter kam wie ein brüllender Löwe herangestürzt und schrie den Vorsitzenden an: „Halten Sie Ihre fresche Maul, sonst schießen Sie sich sofort nach Hause.“

Als der Arbeiter sich über diesen Ton beschwerte, wurde er fristlos entlassen. Der Arbeiter forderte nun einen Schein, auf dem der Grund der Entlassung vermerkt ist. Zunächst war der Pächter bereit, ihm diesen zu geben; später aber schrie er den Arbeiter an: „Scheren Sie sich sofort vom Hofe, Sie bekommen keinen Schein.“ Der Arbeiter bestand auf seinem Schein. Außer sich vor Wut rief nun der Gutspächter den in der Nähe arbeitenden Vorarbeiter mit seinen sechs Schmittlern heran und befohl ihnen, den Betriebsratsvorsitzenden mit der Forke auf den Kopf zu schlagen. Glücklicherweise weigerten sich die Schmittler, der Aufforderung nachzukommen.

Aufforderung zum Totschlag! Und dann jammern die Blätter der Agrarier über Landflucht und Leutenoll!

Aufgehobene Sperren. Die Sperre über die Lokale Sonnenwende, Inh. Rischik, Treptow, und Strauchwiese, Inh. Lubosch, Niederhönhäusern, wird hierdurch aufgehoben. Die Forderungen des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten wurden bewilligt.

Läuferstoffe, Teppiche

Linoleum

Wachstuche Tisch-Decken

G. Bargende K. a.

Charlottenburg,

Windscheidstr. 11, Ecke Pestalozzistr.

Wilmerdorfer Str. 79, Ecke Sybelstr.

Telephon: Steinplatz 4194, 5833, 5836.



Einsegnungs-Anzüge

in vielseitiger Auswahl fertig am Lager zu niedrigsten Preisen

- Dunkelblauer Cheviot 30.-
- Blauer Twill-Kammgarn 52.-
- Dunkelblau, haltbarer Cheviot 36.-
- Reinwollener blauer Cheviot prima Qualität 1. und 2-reihig, Größe 38, M. 57.-
- Blauer Melton-Cheviot 1.-u.2-reihig, Größe 38, M. 43.-
- Blauer feiner Melton-Cheviot reine Wolle, 1. und 2-reihig, Größe 38, M. 69.-
- Marango-Cheviot kräftige Qualität, 1. und 2-reihig, Größe 38, M. 47.-
- Sakko-Anzüge farbig, moderne Formen und Musterungen, Größe 38, . . . von M. 30.- an

Oberhemd 4.50 Hüte 4.50 Handschuhe 3.75 Schleif. 1.25

Seinemeyer

Berlin C. Köllnischer Fischmarkt 4-6

Schwarzer Adler, Frankfurter Allee 99
Vom 19. bis 22. August 1927
Die Frauengasse von Algier
Bühnenschauspiel

Viktoria-Lichtbildtheater Frankfurter Allee 83
Vom 19. bis 22. August 1927
Ich war zu Heidelberg Student
Fernse: Bühnenschauspiel
Jugendliche haben Zutritt

Concordia-Palast, Andreasstraße 64
Vom 19. bis 22. August 1927
Ein schwerer Fall

Passage-Lichtspiele, Neukölln, Bergstr. 151/52
Vom 19. bis 22. August 1927
Ein rheinisches Mädchen bei rheinischem Wein . . .
Auf der Bühne: Ein Winzerfest am Rhein

Leda's Korbmöbel
Klassische Formen
Aparthe Muster
Mäßige Preise
Vertikales u. Vertikal:
Neukölln
Ansgarstraße 30 und
Hermannstraße 10
(Tel. Neuk. 1739)

Hakepeter
„Guten Happen“
Neukölln, Hermannstr. 160
Tel.: Neukölln 648 [37]

Hauptverkehrslokal
des Reichsbanners:
August Strunk
Charlottenburg
Spree- Ecke Wallstr.

Zuverlässige
billige
und
gute Stiefel
gibts bei
H. Bähr
Berlin, Spittelmarkt 7

Ischias
schwerer Fälle benötigt werden.
Bestätigung und Behandlung, ärztlich empfohlen.
Liedstr. 106, 9-11, 1-4. Sonntag 10-12. Jeden

Gerhard Köhnen
Das Haus
für Volkskleidung
und Berufskleidung
NEUKÖLLN
Hermannstraße 76-77

Kaufhaus
Felix Richter
Neukölln [36]
Hermannstraße 161

Parzellen
an Bahnst. u. Dorf
qm 30 Pl.
mit Lü., Wasser, 65.
Blumenspenden
jeder Art
hierzu preiswert:
Paul Golletz,
norm. Robert Meyer
Marianenstr. 3,
Ecke Ranninstr.
Wart. Notizpl. 103 00

Zur Einsegnung
bringen wir
Anzüge aus nur haltbaren Stoffen unter Verwendung bester Zutaten und tadellosem Sitz. — Ganz besondere Vorteile bietet die
Maßabteilung
Sport-, Berufskleidung und Windjacken in allen Formen und Preislagen
Spezialhaus für Herren-, Jünglings- und Knabenbekleidung
J. Baer Badstrasse
Ecke Prinzen-Allee

Fleisch- und Wurstwaren-Verkauf
Billig und gut Thacrstr. 40
geöffnet von 8-3 Uhr, Freitags und Sonnabends 8-7 Uhr
Schönhauser Allee 33
geöffnet von 8-1, 4-7 Uhr

Restaurant Belle-Alliance
Belle-Alliance-Platz 8

Kamerling
Kastanienallee 56
75 Spielz., 68 Schlafz., 60 Herrenz., 50 Küchen, Kellereiz., Polsterm., Stuhl-, Tisch-, Bettm., etc.
Herabgesetzte Preise. Zahlungsverleicht.

Alfred Ospalski
Sportrestaurant
Cantianstraße
am alten Exerzierplatz, a. d. Schönhauser Allee
Herrlicher Naturgarten
Terrassen, Veranda u. gemüll. Innenräume [50]
Während der Sommermonate täglich erntklassiges
Garten-Konzert
Gutgepflegte Biere und vorzügl. Küche. Solide Preise
Vereinszimmer zu vergeben

Butter
A. Chill & Co
Eier-Käse
Filialen in fast allen Stadtteilen [85]